

Michael Winckler

# Deutsch-chinesische Beziehungen

## Eine Bestandsaufnahme

### Gliederung:

1. Vorbemerkung

2. Politische Beziehungen

2.1 Reaktionen in der Bundesrepublik auf die Niederschlagung der Protestbewegung im Juni 1989

2.2 Deutsche Besucher in China

2.3 Besucher der VR China in der Bundesrepublik

2.4 Neuer chinesischer Botschafter in der BRD

2.5 "Föderation für ein demokratisches China in der Bundesrepublik Deutschland"

2.6 Reaktionen der VR China auf den deutschen Einigungsprozeß

2.7 Reaktionen der VR China auf den Empfang des Dalai Lama durch den Bundespräsidenten Weizsäcker

2.8 Kooperation im Bereich der "Inneren Sicherheit"

2.9 Beziehungen auf Bundesländer/ Provinz-Ebene

3. Wirtschaftliche Beziehungen

3.1 Der institutionelle Rahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit

3.2 Die bilateralen Handelsbeziehungen

3.2.1 Divergierende Statistiken

3.2.2 Die Bedeutung der Hermes-Bürgschaften für das deutsche Exportgeschäft mit China

3.2.3 Aussichten für 1991

3.2.4

Das Wirtschaftssymposium des deutsch-chinesischen Wirtschaftskreises 1988

3.2.5 Hamburg:Drehscheibe für den China-Handel

3.3 Kooperationsabkommen

3.3.1 Deutsch-chinesische Joint Ventures

3.3.1.1 Die VW-Aktivitäten in China

3.3.1.2 Wichtige deutsch-chinesische Joint Venture-Gründungen seit 1988 in China

3.3.1.3 Deutsch-chinesische Joint Ventures in der Bundesrepublik

3.4 Chinesische Firmen- und Gesellschaftsgründungen in der Bundesrepublik

3.5 Wichtige Geschäftsabschlüsse

3.6 Zusammenarbeit zwischen Banken

3.7 Berufsausbildung, Weiterbildungsmaßnahmen und Expertenaustausch

4. Die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit

4.1 Zusammenarbeit im Bereich des Bundesforschungsministeriums

4.1.1 Zusammenarbeit in der Weltraumforschung

5. Entwicklungszusammenarbeit

5.1 Wichtige Projekte der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit

5.1.2 Ausgewählte Beispiele technischer und finanzieller Zusammenarbeit

5.1.3

Weitere Hilfeleistungen der Bundesrepublik

6. Kulturelle Zusammenarbeit

6.1 Goethe-Institut in Beijing

6.2 Die Germanistik in China

6.3 Zusammenarbeit in verschiedenen Disziplinen

6.3.1 Förderung der deutschen Sprache in China

6.3.2 Rechtswesen

6.3.3 Kunst

6.3.3.1 Größere Veranstaltungen und Ausstellungen

6.3.3.2 Musik, Theater, Ballett, Malerei

6.3.3.3 Film

6.3.3.4 Ein chinesischer Garten in Frankfurt am Main

6.4 Hochschulen

6.4.1 Einrichtung neuer Ostasien-Studiengänge

6.4.2 Studentenaustausch

6.5 Ehrungen von Persönlichkeiten des kulturellen Leben

6.6 Unterstützung in der Erhaltung von Kulturgütern

6.7 Bedeutende Gesellschaften im kulturellen Bereich

1

### Vorbemerkung

In *CHINA aktuell* sind bisher drei systematische Überblicksartikel zu den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der VR China erschienen, und zwar in der Juni-Ausgabe 1985 ("Kaleidoskop der deutsch-chinesischen Beziehungen. Eine Zwischenbilanz anlässlich der Visite Zhao Ziyangs", S.363-373), in der Dezember-Ausgabe 1985 ("Die deutsch-chinesischen Beziehungen: besser als je zuvor - Zwischenbilanz 1985", S.814-824) und in der Juli-Ausgabe 1987 ("Das deutsch-chinesische Beziehungswunder", S.555-575).

Mit dem folgenden Beitrag wird eine Darstellung und Analyse der bilateralen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der VR China in den Bereichen Politik, Wirtschaft, wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit, Entwicklungszusammenarbeit und Kultur seit August 1987 vorgenommen.

Eine systematische Aufarbeitung der deutsch-chinesischen Beziehungen im angegebenen Untersuchungszeitraum legt zunächst nahe, sich die Ereignisse im Juni 1989 in Beijing in Erinnerung zu rufen. Damals, am 3./4. Juni 1989, wurde die friedliche, vornehmlich von Studenten aber auch anderen urbanen Bevölkerungsgruppen getragene Protestbewegung von Einheiten der Volksbefreiungsarmee blutig niedergeschlagen. Nach Einschätzungen einer Studie des Instituts für Asienkunde sind dabei mehrere hundert Personen, zum weitaus überwiegenden Teil Zivilisten, umgekommen.<sup>1</sup> Auf den Militäreinsatz folgten Massenverhaftungen, Hinrichtungen und die generelle Rückkehr zu einer repressiven politischen Linie. Diese Demonstration der Gewalt hatte damals weltweite Empörung, Proteste und Sanktionen ausgelöst.

Doch spätestens seit der Kuwait-Krise ist die internationale Isolation der VR China weitgehend wieder aufgehoben. Ihre Verurteilung der irakischen Aggression und insbesondere ihre Stimmenthaltung bei der Verabschiedung der Resolution Nr.678 des UN-Sicherheitsrates vom 19.November 1990, mit der u.a. der Einsatz militärischer Mittel zur Befreiung Kuwaits im Falle des Nicht-Rückzugs des Irak bis zum 15.Januar 1991 legitimiert wurde, honorierten vor allem die in der Anti-Irak-Koalition vereinten Staaten mit einer Lockerung bzw. Aufhebung der in Reaktion auf das Massaker auf dem Tiananmen-Platz gegen China verhängten Sanktionen.

Drei Tage später, am 22.10.1990, beschlossen die Außenminister der EG, ihre Wirtschaftshilfe für China wieder freizugeben - davon ausgenommen blieb die Fortsetzung der militärischen Kooperation und der Waffenlieferungen -, kurz darauf erklärten sich Japan, die Weltbank und die EG bereit, China wieder Kredite zu gewähren, und auch die Bundesrepublik ließ mit entsprechenden Maßnahmen nicht lange auf

sich warten. Am 30.10.1990 beschloß der Bundestag, unmittelbar humanitären Zwecken und dem Umweltschutz dienende Entwicklungsprojekte wieder zu genehmigen und die Sperrung von Hermesbürgschaften zu lockern.

Obleich die gegen China gerichteten internationalen Proteste und Sanktionen in der Retrospektive einer in solchen Fällen üblichen diplomatischen Pflichtübung gleichen und wirtschaftliches Kalkül häufig über Fragen der politischen Moral triumphierte, herrscht seitdem ein gewisses Gefühl der Unberechenbarkeit und des Mißtrauens gegenüber der VR China in der internationalen Staatenwelt vor. So markierte auch das Massaker auf dem Tiananmen-Platz in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der VR China eine Zäsur mit einem zunächst nur schwer zu überwindenden Vertrauensverlust. Von einer Kontinuität des "deutsch-chinesischen Beziehungswunders", wie es sich bis zum Zeitpunkt der gewaltsamen Niederschlagung der Protestbewegung im Juni 1989 fortentwickelt hatte, kann seither keine Rede mehr sein. Verwunderlich mutet jedoch an, wie einige Maßnahmen an den Versuch einer Restauration dieses "deutsch-chinesischen Beziehungswunders" erinnern: Bereits im Dezember 1990 avancierte China wieder zu einem Spitzenreiter der Empfänger bundesdeutscher Entwicklungshilfe.

Um einen systematischen Überblick über die Entwicklung der deutsch-chinesischen Beziehungen von August 1987 an zu ermöglichen und dennoch den Einschnitt in den Beziehungen herauszustellen, werden die wichtigsten Reaktionen in der Bundesrepublik Deutschland auf die Juni-Ereignisse schlaglichtartig vorangestellt.

## 2 Politische Beziehungen

### 2.1 Reaktionen in der Bundesrepublik Deutschland auf die Niederschlagung der Protestbewegung im Juni 1989

In einer am 15.Januar von den Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und den Grünen verabschiedeten Entschließung zur gewaltsamen Niederschlagung der friedlichen Bürgerproteste in Beijing heißt es u.a.: "Die jüng-

sten Ereignisse haben den Vorhang zerrissen, der die vielfältigen polizeistaatlichen Eingriffe in die Menschenrechte der Bürger in den letzten Tagen verdeckt hatte. Das trifft auch auf die Lage der Tibeter unter den Bedingungen des Kriegsrecht zu."<sup>2</sup> Am 22.Juni 1989 wurde ein von sämtlichen Fraktionen des Parlaments gestellter Antrag einstimmig angenommen. Die wichtigsten Bestandteile des Beschlusses des Bundestages lauteten wie folgt: Der Bundestag verurteilte "die Todesurteile und ihre Vollstreckungen aufs schärfste" und forderte "die chinesische Regierung mit Nachdruck auf, weitere Todesurteile weder zu verhängen noch zu vollstrecken und stattdessen die von ihr angeklagten und verfolgten Personen zu begnadigen und alle politischen Prozesse einzustellen". Ferner bekräftigte er die von allen Fraktionen gemeinsam verabschiedete Entschließung vom 15.Juni 1989. Er forderte

- "daß sich der Weltsicherheitsrat, die Generalversammlung und die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen unverzüglich mit den gravierenden Menschenrechtsverletzungen in der Volksrepublik China befassen;
- daß im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit weitere Kapitalhilfen und Hermes-Bürgschaften seitens der Bundesrepublik Deutschland ausgesetzt werden und
- daß die Regierung der VR China unabhängigen Menschenrechtsorganisationen die Einreise und den Zugang zu den inhaftierten Personen gestattet."

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) hatte alle Kontakte auf hoher politischer Ebene bis auf weiteres eingefroren, alle Reisen von Gutachtern und deutschen Experten im Rahmen der bilateralen Entwicklungshilfe nach China gestoppt und deutsche Fachkräfte und Berater zurückberufen. Außerdem war das am 1.Juni 1989 paraphierte Protokoll über die zukünftige bilaterale entwicklungspolitische Zusammenarbeit sowie das Regierungsabkommen über 220 Mio.DM im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit nicht unterzeichnet worden. Damit war auch das beabsichtigte Regierungsabkommen über den U-Bahn-Bau in Shanghai, an dem die Siemens AG und AEG beteiligt sind, mit einem Finanzvolumen in Höhe von 460 Mio.DM bis zur Wiederaufnahme der Entwicklungshilfe im Oktober 1990 ausgesetzt worden.<sup>3</sup>

Die Reaktionen von Unternehmen waren dagegen in erster Linie von wirtschaftlichem Kalkül geprägt. Die Wirtschaftsbeziehungen einiger deutscher Außenhandels- und Industrieunternehmen kehrten trotz Entsetzen und moralischer Empörung teilweise noch im Juni 1989 zur "Normalität" zurück. Die Absage der Herbstsitzung der deutsch-chinesischen Wirtschaftskommission durch den damaligen Bundeswirtschaftsminister Helmut Haussmann war von dem Verband der Fertigungsgüterhersteller sogar kritisiert worden, da Japan und die USA keine entsprechenden Schritte eingeleitet hatten.<sup>4</sup> Bereits im Juli 1989 kündigte VW eine Produktionserweiterung im Rahmen des deutsch-chinesischen Gemeinschaftsunternehmens in Shanghai an. Die Entscheidung des Volkswagenwerkes wurde von Elmar Pieroth, Vorsitzender der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung, scharf kritisiert. Es sei "schon schlimm genug, wenn gleich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten verständlich, daß begonnene Projekte fortgeführt würden". Ein zusätzliches Engagement sei jedoch nicht akzeptabel. Damit werde der Anschein einer "üblen Geschäftemacherei" erweckt. Es müsse alles getan werden, um eine "Verbindung von Wirtschaftsaktivitäten und Menschenrechten zu erreichen", so Pieroth.<sup>5</sup> Die chinesische Seite betonte die Fortführung der Wirtschaftsreformen und behandelte die ausländischen Geschäftspartner außerordentlich zuvorkommend. Trotz Aufrechterhaltung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen deutschen Unternehmen und der VR China und sämtlichen Joint-Venture-Abkommen lag der Schatten des Vertrauensverlustes über den Geschäftsbeziehungen.

## 2.2

### Deutsche Besucher in China

Außenminister Hans-Dietrich Genscher stattete der VR China vom 23. Oktober bis 2. November 1988 einen offiziellen Besuch ab. Dort wurde er u.a. von Ministerpräsident Li Peng und dem früheren KP-Generalsekretär Zhao Ziyang empfangen. Die chinesischen Gastgeber verwiesen auf das traditionell gute Verhältnis beider Länder zueinander, das sich ohne Rückschläge stetig weiter entwickle.

Am 1. November 1988 fand an der Beijinger Fremdsprachen-Hochschule die Eröffnungsfeier für das Goethe-Institut in Beijing statt, auf der Genscher die Einweihungsrede hielt.

Am 31. Oktober 1988 unterzeichneten der chinesische und deutsche Außenminister ein aus drei Artikeln bestehendes Protokoll. Sie vereinbarten, ihre Konsultationen in bi- und multilateralen Fragen zu verstärken und zu diesem Zweck regelmäßig und auf verschiedenen Ebenen Gespräche zu führen. Außerdem wurde vereinbart, daß die Außenminister oder ihre Stellvertreter mindestens einmal jährlich zusammentreffen sollten.

Als erster ranghoher Politiker der Bundesrepublik nach der Niederwerfung der Protestbewegung im Juni 1989 stattete der Ministerpräsident von Rheinlandpfalz, Karl-Ludwig Wagner, der VR China einen Besuch im November 1990 ab, um dort vor allem Partnerschaftsbeziehungen mit der südwestchinesischen Küstenprovinz Fujian aufzunehmen. Wagner besuchte auch Beijing, wo er mit Ministerpräsident Li Peng zusammentraf. Dort sprach er auch die Frage der Menschenrechte an und verließ seinem "dringenden Wunsch" Ausdruck, daß China den Weg zu Freiheit und Menschenrechten einschlagen werde. Die Juni-Ereignisse und die im Zusammenhang mit diesen Ereignissen von der chinesischen Regierung getroffenen Maßnahmen seien in der Bundesrepublik auf Unverständnis und Ablehnung getroffen.

Siegfried Lengl, Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), geriet aufgrund seiner China-Besuche gleich mehrmals in die Schlagzeilen der Presse. Im Anschluß an die weitgehende Aufhebung der gegen China verhängten Sanktionen durch die Bundesregierung im Oktober 1990 reiste Lengl zur Wiederaufnahme der Entwicklungshilfe im Dezember 1990 nach China. Dort bewilligte er in Beijing für das Jahr 1990 ein zinsgünstiges Kapitalhilfedarlehen von 220 Mio. DM und eine technische Hilfe von 73 Mio. DM (davon 8 Mio. DM im Vorgriff auf das Jahr 1991). Damit rückte die Volksrepublik - nur anderthalb Jahre nach der Niederschlagung der Protestbewegung auf dem Tiananmen-Platz (Platz des Himmlischen Friedens) - wieder in die Spitzengruppe der Empfänger bundesdeutscher Entwicklungshilfe auf. Die Einhaltung von Menschenrechten jedoch war vom BMZ nur als rhetorische Pflichtübung angemahnt worden. Lengl gab sich damit zufrieden, daß mit den Studenten "sehr milde" Verfahren werde und sie "gar nicht mehr vor

Gericht gestellt werden". Diese Einschätzung Lengls zu einem Zeitpunkt, zu dem politische Prozesse gegen verhaftete Teilnehmer der Protestbewegung an der Tagesordnung waren und eine Ende der Hinrichtungswelle nicht glaubhaft nachgewiesen werden konnte, legt nach Auffassung des *Handelsblattes*, "die Vermutung realitätsferner Gewissensberuhigung nahe".<sup>6</sup>

Aufgrund der allzu herzlichen Begrüßungszeremonie mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Li Peng war Staatssekretär Lengl nach seinem letzten China-Besuch im Juni 1991 massiver öffentlicher Kritik ausgesetzt. Lengls Verhalten - er hatte Li Peng umarmt - rief bei deutschen Parteien, Menschenrechtsorganisationen, chinesischen Regimekritikern und den Medien Empörung hervor. Li Peng gilt als einer der Hauptverantwortlichen der blutigen Niederschlagung der Protestbewegung im Juni 1989 in Beijing. Erst einen Tag vor dem Begrüßungsvorfall hatten Studenten der Beijing-Universität trotz anhaltender Überwachung in einer Protestaktion an das blutige Massaker vom 4. Juni 1989 erinnert. Lengl dagegen zeigte sich "tief beeindruckt" von der "jetzigen stabilen Lage Chinas". Von chinesischer Seite wurde er als "alter Freund" gefeiert, der sich "große Verdienste" um China erworben habe.

Nicht nur die Umarmungsaffäre, sondern vor allem sein Hinwegsetzen über Bundestagsbeschlüsse, provozierte Rücktrittsforderungen, und zwar zuerst aus der eigenen Partei und der Jungen Union. Lengl war mit einer Liste von Projekten zu Konsultationen nach Beijing aufgebrochen, die nach Auffassung des Ministerialdirektors im BMZ, Bernhard Schweiger, nicht den Auflagen des Bundestages entsprechen. Zu den umstrittenen Projekten zählen eine Ammoniakfabrik für Düngemittel, in der aber auch Sprengstoff hergestellt werden kann, und eine Lkw-Fabrik in Kooperation mit dem chinesischen Militär. Es versteht sich von selbst, daß außer Gütern auch Truppen transportiert werden können.<sup>7</sup>

Um einen Überblick über die bis zu den Juni-Ereignissen 1989 rege Kooperation zwischen der Bundesrepublik und der VR China zu vermitteln, werden im folgenden noch einige weitere Besuche ihrer zeitlichen Reihenfolge gemäß aufgelistet: jetziger Finanzminister Theo Waigel (März 1988); Heinrich Pohlmeier, Bundes-

tagsabgeordneter in seiner damaligen Funktion als Leiter einer Kommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Bundestages (Mai 1988); Egon Bahr, Abrüstungsexperte der SPD (Mai 1988); Jürgen Warnke, Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Mai 1988); Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes NRW (Juli 1988); Altbundeskanzler Helmut Schmidt (Oktober 1988 und Mai 1990); Wolfram Brück, damaliger Frankfurter Bürgermeister (Juni 1988); Hans Stercken (CDU), Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages (Juni 1990); Walter Leisler Kiep (Mitglied des CDU-Präsidiums und früherer Vorsitzender des Aufsichtsrats der VW AG; Dionys Jobst, Vorsitzender des Verkehrsausschusses im Bundestag, (Juli 1991).

### 2.3

#### Besucher der VR China in der Bundesrepublik

Alleine 1988 besuchten 1500 chinesische Delegationen oder Gruppen die Bundesrepublik, unter denen 50 von stellvertretenden Ministern geleitet wurden. Nach den Juni-Ereignissen 1989 gingen Besuche aus China drastisch zurück. Folgende Zusammenfassung soll einen knappen Einblick über wichtige Besuche chinesischer Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in der Bundesrepublik vermitteln.

Auf Einladung der Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft (GDCAF) und der Konrad-Adenauer-Stiftung stattete eine fünfköpfige Delegation der Gesellschaft des Chinesischen Volkes für die Freundschaft mit dem Ausland unter der Führung ihres Präsidenten Zhang Wenjin der Bundesrepublik einen elftägigen Besuch im April/Mai 1987 ab.

Vom 3. bis 10. Oktober 1988 besuchte der damalige stellvertretende Ministerpräsident Yao Yilin die Bundesrepublik. Yao ist als Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros einer der fünf ranghöchsten Politiker Chinas. Er war viele Jahre oberster Planungschef und gilt neben Chen Yun als graue Eminenz für Wirtschaftsfragen. In Bonn nahm er an der Unterzeichnung zweier Abkommen zwischen der Bundesrepublik und China teil. Es handelte sich um eine Vereinbarung über wirtschaftliche Zusammenarbeit

mit dem Ziel der Förderung der wirtschaftlichen Verbindungen beider Länder, in deren Rahmen Bonn der VR China 1988 ein Darlehen in Höhe von 200 Mio. DM zu 2% Zinsen gewährte, und einen Vertrag über den technologischen Transfer für integrierte Schaltungen zwischen der Siemens AG einerseits und der chinesischen Gesellschaft für Elektronik Im- und Export sowie der Vereinigten Gesellschaft für Mikroelektronik der Stadt Wuxi andererseits. Außerdem besuchte Yao mehrere Städte, u.a. Hamburg und Stuttgart. Er würdigte die Rolle der Hansestadt als Brücke der wirtschaftlichen Verbindungen beider Länder, besichtigte dort u.a. das Unternehmen MBB und nahm an einem deutsch-chinesischen Wirtschaftssymposium teil. In Wolfsburg besuchte er das VW-Werk. Zum Abschluß seines Besuches wurde er am 12.10.1988 von Bundeskanzler Helmut Kohl empfangen.

Auf Einladung der damaligen Bundesgesundheitsministerin Rita Süßmuth besuchte der chinesische Gesundheitsminister Chen Minzhang im Juni 1988 die Bundesrepublik Deutschland. Die VR China und die BRD hatten 1980 ein Abkommen über Zusammenarbeit im Gesundheitswesen getroffen, das einen Erfahrungsaustausch über Replantationen, Behandlung von Verbrennungen, erste Hilfe und Heilpflanzen aus der traditionellen chinesischen Medizin ermöglichen sollte.

Auf Einladung der Landesregierung Nordrhein-Westfalens besuchte der Gouverneur der chinesischen Provinz Sichuan, Zhang Haoruo, im Oktober 1988 das Bundesland sowie anschließend Hamburg und Bonn. Es handelte sich um einen Gegenbesuch, nachdem der Ministerpräsident von NRW, Johannes Rau, im Juni 1988 Gast der Provinz Sichuan gewesen war.

Als erster ranghoher Politiker der VR China seit der Niederschlagung der Protestbewegung im Juni 1989 reiste der Shanghai-er Oberbürgermeister und neue stellvertretende Ministerpräsident Zhu Rongji am 22. April 1991 für acht Tage in die Bundesrepublik. Er wurde in Bonn von dem Vorsitzenden des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft, Otto Wolf von Amerongen, Bundeswirtschaftsminister Jürgen Möllemann und Kanzleramtsminister Seibers empfangen. Während der Ge-

sprache wies er u.a. auf die Fortsetzung der außenwirtschaftlichen Öffnungspolitik und auf die stabile wirtschaftliche Entwicklung hin. Die deutschen Gesprächspartner werteten die Aussichten für die Normalisierung der Handelsbeziehungen und für eine erneute Zunahme der im Vorjahr stark zurückgegangenen Exporte positiv. Otto Wolf von Amerongen forderte in diesem Zusammenhang eine größere chinesische Markttransparenz für deutsche Anbieter. Außerdem warnte er vor einer Abschottung chinesischer Unternehmen vom Weltmarkt.

Die Wiederaufnahme der Entwicklungszusammenarbeit seit Ende 1990 wurde als Zeichen des guten Willens und des langfristigen Interesses der Bundesregierung an den deutsch-chinesischen Beziehungen gewertet. Zhu Rongji nannte als Beispiel der erfolgreichen Kooperation die deutsche Beteiligung am U-Bahn-Bau in Shanghai, den die Bundesregierung mit einem Darlehen von 460 Mio. DM unterstützt. Zhu Rongji besuchte auch Hamburg, wo er u.a. auf Einladung des Ostasiatischen Vereins mit einem Kreis von Vertretern aus Wirtschaft und Politik zusammentraf. Die chinesische Delegation war insbesondere an dem Planungs- und Entwicklungsstand der Wirtschaftszone Pudong interessiert. Engpaßfaktoren beim schnellen Aufbau der Wirtschaftszone Pudong sind einerseits internationale Finanzmittel zur Realisierung der notwendigen Infrastrukturprojekte und andererseits weitere Verbesserungen der rechtlichen Rahmenbedingungen für ausländische Investoren bzw. die tatsächliche Durchsetzung bestehender rechtlicher Bestimmungen. Weitere Probleme betreffen die Reduzierung der Bürokratie und Förderung der Effizienz bestehender Industriebetriebe.

Wie schnell das Stimmungsbarometer sinken kann, wurde nur wenig später, im Juni 1991 deutlich, als eine chinesische Einkaufsdelegation auf Europa-reise nur 10% des Einkaufsvolumens von 1,5 Mrd. DM mit bundesdeutschen Unternehmen aushandelte.

Im Mai 1991 war schließlich der Stellvertretende chinesische Außenminister, Jiang Enzhu, in Bonn, wo er mit dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Dieter Kastrup, zusammentraf. Kastrup stellte dabei fest, daß sich trotz einiger Schwierigkeiten in den letzten zwei Jahren eine schrittweise Verbesserung in den bilateralen Beziehungen abzeichne.

## 2.4 Neuer chinesischer Botschafter in der Bundesrepublik

Die bisherigen chinesischen Botschafter in der Bundesrepublik sowie die bundesrepublikanischen Vertreter in der Volksrepublik wurden bereits in der Juli-Ausgabe 1987 von C.a. vorgestellt. An dieser Stelle werden nur die seither erfolgten Veränderungen aufgezeigt. Am 24. März 1988 erteilte der Bundespräsident dem neuen chinesischen Botschafter Mei Zhaorong das Agreement als außerordentlichem und bevollmächtigtem Botschafter der VR China in der Bundesrepublik. Mei löste als fünfter chinesischer Botschafter seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen im Jahre 1972 Guo Fengmin ab, der als erster deutschsprechender Botschafter der VR China drei Jahre in Bonn akkreditiert war. Mei hat sich seine Deutsch-Kenntnisse im wesentlichen im Verlauf eines Studiums in Leipzig angeeignet. Von 1956 bis 1963 arbeitete er an Chinas Botschaft in Ost-Berlin, kehrte danach ins Außenministerium zurück und wurde 1970 noch einmal nach Ost-Berlin geschickt. Anschließend war Mei wieder nach Beijing berufen worden, wo er bis zu seiner Botschafterposition in Bonn die Westeuropaabteilung leitete.

Am 15. Oktober 1990 trat Botschaftsrat Xin Futan als Nachfolger des Botschaftsrates Wang Qingyu, der als Vertreter des chinesischen Botschafters von 1987 bis 1989 in Bonn-Bad Godesberg tätig war, sein neues Amt an.

## 2.5 "Föderation für ein demokratisches China in der Bundesrepublik Deutschland"

Im Anschluß an die am 23. September 1989 in Paris entstandene "Föderation für ein demokratisches China", dem Studentenführer, aus China geflohene Intellektuelle, im Ausland lebende Studenten und Wissenschaftler sowie Berater des ehemaligen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang angehören, konstituierten sich in der Bundesrepublik zunächst vier ähnliche Organisationen auf regionaler Ebene, und zwar der Bezirk Nord in Hamburg, der Bezirk Mitte in Essen, der Bezirk Süd in München und der Berlin-Bezirk. Am 18. und 19. November 1989 trafen dann rund 100 Chinesen in Köln zusammen

und gründeten dort die "Föderation für ein Demokratisches China in der Bundesrepublik Deutschland". Als Vorstandsvorsitzende wurde Frau Tianchi Martin-Liao von der Ruhr-Universität Bochum gewählt. Die Föderation der Bundesrepublik, die auf internationaler Ebene dem Dachverband in Paris untersteht, versteht sich als gewaltfreie Vereinigung, in der sowohl Chinesen als auch Deutsche mitarbeiten können. Ihre wesentlichen Ziele sind: Beendigung des Ein-Parteien-Systems, Demokratisierung Chinas, Aufbau eines Rechtsstaats, einer menschenwürdigen Gemeinschaft und die Reformierung des Wirtschaftssystems.

## 2.6 Reaktionen der VR China auf den deutschen Einigungsprozeß

Anläßlich des offiziellen Anschlusses des Gebietes der ehemaligen DDR an die Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 erklärte der Stellvertretende Ministerpräsident Wu Xueqian gegenüber dem deutschen Botschafter in Beijing, Hellbeck, daß die "chinesische Regierung und das chinesische Volk den Wunsch des deutschen Volkes nach Vereinigung verstehen und unterstützen und mit ihm sympathisieren. Wir respektieren diese Wahl und freuen uns, daß Deutschland seine Einheit in Frieden verwirklicht hat."<sup>8</sup>

Entgegen dieser offiziellen Verlautbarung hatte die amtliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua in einem am Vortag veröffentlichten Beitrag vor den Folgen der deutschen Wiedervereinigung gewarnt. Bezugnehmend auf kritische Stimmen von amerikanischen und europäischen Medien merkte der Autor des Artikels, Li Zhongfa, an, daß das wirtschaftliche Potential eines vereinigten Deutschland "in der internationalen Gemeinschaft große Besorgnis" vor der Entstehung einer "neuen Supermacht" hervorgerufen habe, die aufgrund der Wirtschaftskraft und der geographischen Lage entstehe. Er verwies weiter auf die Auswirkungen, die die deutsche Wiedervereinigung auf Europa und das internationale System habe. Die durch die deutsche Vereinigung überwundene Spaltung Deutschlands und Europas würde die Entstehung einer "tripolaren Konfrontation zwischen den USA, der Sowjetunion und Deutschland in Europa" begünstigen. Außer-

dem würde die deutsche Wiedervereinigung "die bestehende Sicherheitsstruktur in Europa weiter zerstören", und die Rolle Deutschlands würde in der Herausbildung einer "neuen Sicherheitsbalance mehr und mehr an Bedeutung gewinnen und ihre Position stärken".<sup>9</sup>

## 2.7 Reaktionen der VR China auf den Empfang des Dalai Lama durch den Bundespräsidenten Weizsäcker

Kurz darauf kam es zu einer erneuten Verstimmung in den bilateralen Beziehungen. Nur einen Tag später, am 4. Oktober 1990, empfing der Bundespräsident Weizsäcker in Berlin den Dalai Lama. Gegen diesen Schritt, mit dem die Autorität des Dalai Lama gewürdigt und das Selbstständigkeitsstreben des tibetischen Volkes aufgewertet wurde, protestierte die chinesische Regierung beim deutschen Botschafter in Beijing. Der Leiter der Westeuropaabteilung des Außenministeriums beschuldigte die deutsche Regierung der offenen Einmischung in Chinas innere Angelegenheiten und der Unterstützung der politischen Aktivitäten des Dalai Lama, welche darauf abzielten, das Vaterland zu spalten und die Einheit der Nationalitäten innerhalb der Volksrepublik zu zerstören. Der Bundespräsident habe mit seinem Schritt die Gefühle des chinesischen Volkes verletzt und gegen die offizielle Erklärung der Bundesregierung verstoßen, daß Tibet Teil des chinesischen Territoriums sei.

## 2.8 Kooperation im Bereich der "Inneren Sicherheit"

Eine besondere Art der deutsch-chinesischen Beziehungen spiegelt die bilaterale Zusammenarbeit im Bereich der "Inneren Sicherheit" wider. Seit dem Besuch des damaligen Innenministers Friedrich Zimmermann im Mai 1984 fand ein reger Austausch zwischen den Sicherheitsorganen der Bundesrepublik und dem Gong'anbu, dem chinesischen Ministerium für öffentliche Sicherheit, statt. Die Kooperation umfaßte u.a. Methoden der Polizeiausbildung und Verwaltung, Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Strategien von Polizeieinsätzen bei Demonstrationen.

Das Gong'anbu hat an der Niederwerfung der Protestbewegung mitgewirkt und vor allem die Identifizierung der studentischen Wortführer ermöglicht. Spätestens seit dem Massaker vom 3./4.Juni 1989 hätte also die bundesdeutsche Zusammenarbeit mit dem repressiven Polizeiapparat der VR China unverzüglich eingestellt werden müssen. Doch nach Angaben der Süddeutschen Zeitung soll bereits im darauffolgenden Jahr (Mai 1990) erneut eine chinesische Polizeidelegation die Bundesrepublik bereist haben. Dort sei die Delegation u.a. vom BKA, vom Bundesinnenministerium, von der in Hangelar bei Bonn stationierten Einheit der GSG-9 sowie dem bayerischen Innenministerium empfangen worden. Außerdem sei der ehemalige Polizeipräsident von München und späterer (bis 1988) Abteilungsleiter im Innenministerium in Bonn, Manfred Schreiber, auf Einladung des chinesischen Organisationskomitees für die Asienspiele in Beijing gewesen, um seinen Gastgeber bei den Sicherheitsvorkehrungen der Asienspiele "Nachhilfeunterricht" zu erteilen. Begleitet habe ihn sein ehemaliger persönlicher Referent, Polizeihauptkommissar Werner. Auf Fragen nach dem Zweck ihrer Reise, gaben beide gegenüber der Presse an, sie hätten sich ausschließlich "in privater Eigenschaft" und "ausschließlich im Zusammenhang mit den Asienspielen" in China aufgehalten. Ferner wurde bekannt, daß sich in der ersten Jahreshälfte 1990 ein hoher deutscher Polizeibeamter, möglicherweise derselbe Hauptkommissar, an der Beijinger Schule für Bewaffnete Polizei als Instrukteur aufgehalten habe.<sup>10</sup>

## 2.9 Beziehungen auf Bundesländer/Provinz-Ebene

Seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen 1972 sind eine Vielzahl von Regional- und Städtepartnerschaften begründet worden:

### Regionalpartnerschaften:

Baden-Württemberg - Liaoning, Jiangsu  
Bayern - Shandong  
Bremen - Dalian  
Hamburg - Shanghai  
Hessen - Jiangsu, Hunan, Liaoning  
Niedersachsen - Anhui

Nordrhein-Westfalen - Jiangsu, Shanxi, Sichuan  
Rheinlandpfalz - Anhui, Fujian  
Saarland - Hunan, Hubei, Shanxi  
Schleswig-Holstein - Zhejiang

Neben diesen Regionalpartnerschaften sind folgende Städtepartnerschaften abgeschlossen worden:

Duisburg - Wuhan  
Köln - Beijing  
Frankfurt - Guangzhou  
Düsseldorf - Shenyang  
Dortmund - Tianjin

Die Vielzahl der Kooperationsprojekte zwischen den Partnerschaften war bis zum Zeitpunkt der Juni-Ereignisse 1989 kaum noch überschaubar. Im allgemeinen beruhen die Partnerschaften auf formalen Abkommen, die Kooperationen u.a. in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Technik, Tourismus, Verkehr, Aus- und Fortbildung, sowie Kultur und Sport umfassen. Die Partnerinstitutionen auf der chinesischen Seite sind in der Regel die Provinzregierungen; für die wirtschaftliche Zusammenarbeit sind die regionalen Filialen des Ministry of Foreign Economic Relations and Trade (MOFERT) zuständig. Alle Bundesländer stellten Stipendien für Aufenthalte in Ausbildungsstätten oder Betrieben ihres Landes zur Verfügung. Die Partnerschaften dienen auf deutscher Seite vor allem dem Zweck, die Bedingungen für die Aktivitäten mittelständischer Unternehmen in China zu verbessern.

## 3 Wirtschaftliche Beziehungen

### 3.1 Der institutionelle Rahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit

Die deutsch-chinesischen Handelsbeziehungen erfolgen auf der Grundlage von inzwischen rd. 20 Abkommen. Die wichtigsten sind das Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit von 1979, das inzwischen bis 1995 verlängert wurde, das Investitionsschutzabkommen und das Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung. Weitere Abkommen wurden über die See- und Binnenschifffahrt, die wirtschaftliche, technische und finanzielle Zusammenarbeit und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kernenergie abgeschlossen.

Auf der Basis des Abkommens über wirtschaftliche Zusammenarbeit haben beide Regierungen einen Gemischten Wirtschaftsausschuß gebildet, an dem der chinesische Minister für Außenwirtschaft und der Bundeswirtschaftsminister sowie Vertreter aus der jeweiligen Wirtschaftsbürokratie und aus Unternehmerkreisen institutionell beteiligt sind. Der Gemischte Ausschuß hat sich als das Hauptforum für die Integration der beiderseitigen Wirtschaftsinteressen entwickelt. Seit 1982 tritt er jährlich einmal zu einer Tagung zusammen, zumeist im Herbst. Spezielle Arbeitsgruppen wurden für die Bereiche Agrarwirtschaft, Kohle und Buntmetalle gebildet.

### 3.2 Die bilateralen Handelsbeziehungen

Seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen im Jahre 1972 erfuhr der Handel der beiden Staaten eine rasche Entwicklung. Von 1972 bis 1986 wuchs das Handelsvolumen um das 15fache, und 1989 überschritt der bundesdeutsche China-Handel zum erstenmal 10 Mrd.DM. 1990 betrug die Wachstumsrate 10%. Die bilateralen Handelsbeziehungen waren bis 1988 von einem Exportüberschuß der Bundesrepublik geprägt. Erstmals 1989 verzeichnete die Bundesrepublik gegenüber China eine negative Handelsbilanz von ca. 1,2 Mrd.DM, 1990 waren es sogar ca. 3,6 Mrd.DM. Die Exporte nach China konnten von 1986 an nicht mehr gesteigert werden. Hingegen stiegen seit 1983 die Importe der Bundesrepublik aus China. Seit 1987 beträgt die Zuwachsrate der Importe durchschnittlich 30%.

Nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) wies China die Bundesrepublik 1990 mit einem Anteil von 3% als sechstgrößten Abnehmer chinesischer Waren aus, nach Hongkong (44%), Japan (14%), USA (8%) und der UdSSR sowie Singapur mit je gut 3%. Der Anteil Hongkongs wird in der chinesischen Statistik allerdings sehr überhöht dargestellt, da Hongkong oft nur Zwischenstation und nicht Endabnehmer ist.<sup>11</sup>

Die Zusammensetzung der Importe aus China hat sich innerhalb der letzten 20 Jahre stark verändert und spiegelt den Strukturwandel der chinesi-

schen Exportindustrie wider. Der Anteil der Güter der Ernährungswirtschaft sank zwischen 1970 und 1989 von 45% auf 8%. Ebenfalls verloren bei gewerblichen Produkten Rohstoffe und Halbwaren an Bedeutung, "nur der Anteil der Vorerzeugnisse blieb wegen des Gewichts von Seiden- und Wollgeweben sowie von chemischen Vorerzeugnissen auf gleichem Niveau".<sup>12</sup> Der Anteil an Fertigwaren stieg hingegen von 6% auf 70%. Der größte Anteil mit jeweils 10% entfällt dabei auf Seiden- und Baumwollbekleidung, gefolgt von elektrotechnischen Erzeugnissen mit 11%, Musikinstrumenten und Spielzeug (7,5%), Lederwaren und Schuhe (6%), sowie Werkzeugen und sonstigen Eisenwaren (3,5%).

Trotz der Einbußen im Exportgeschäft mit China blieb die Bundesrepublik 1990 mit einem Anteil von knapp 5% viertwichtigstes Lieferland, nach Hongkong (27%), Japan (14%) und den USA (knapp 13%). Auch die deutsche Exportstruktur hat sich im Handel mit der Volksrepublik weiter verändert. Der Anteil der Rohstoffe, Halbwaren und Vorerzeugnisse nahm beträchtlich ab, während die Exporte an Fertigerzeugnissen zwischen 1970 und 1989 von 21% auf 73% stiegen. Besonders gesteigert wurde die Ausfuhr von Maschinen (1970: 30%, 1989: 43%) und Fahrzeugen (1970: 3%, 1989: 14%, davon 10% Kraftfahrzeuge.)

Von dem erneuten Einbruch im deutschen Exportgeschäft mit China 1990 waren fast sämtliche Warengruppen betroffen, insbesondere aber wiederum der Anteil von Rohstoffen, Halbwaren und Vorerzeugnissen, die Enderzeugnisse hingegen weniger stark. Die Ausfuhren von Werkzeug- und Walzwerkmaschinen, Kraftmaschinen und Fördermittel sowie elektronischen Erzeugnissen wurden mit Zuwachsraten zwischen 20% und 94% beträchtlich gesteigert.

Der äußerst differenzierte Rückgang der deutschen Exporte ist in der veränderten Importstruktur Chinas begründet. Seit Herbst 1988 verfolgt die chinesische Führung einen restriktiven wirtschaftspolitischen Kurs, der u.a. die Einschränkung der Importe von Konsum- und Luxusgütern aber auch von Produkten der Maschinenbau- und Elektroindustrie bewirkt. Im Zuge die-

### Entwicklung des deutschen Außenhandels mit China in Mrd.DM

Jahr	Importwert	Veränderung in % gegenüber d.Vorjahr	Exportwert	Veränderung in % gegenüber d.Vorjahr	Ausfuhrüberschuß
1983	1,959	13,3	2,752	31,9	0,792
1984	2,417	23,4	2,975	8,1	0,558
1985	2,556	5,8	6,429	116,1	3,873
1986	2,703	5,8	6,221	-3,2	3,518
1987	3,456	27,9	5,000	-19,6	1,544
1988	4,344	25,7	4,919	-1,6	0,575
1989	5,796	33,4	4,619	-6,1	-1,177
1990	7,661	32,3	4,049	-12,3	-3,612

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Länderbericht China 1989*, S.87; Ostasiatischer Verein, *Ostasientelegramm 4/91*, April 1991, Handelskammer Hamburg; eigene Berechnungen.

ser Austeritätspolitik ist die Industrieproduktion insbesondere im Herbst 1989/Frühjahr 1990 stark gedrosselt worden. Entsprechend ist die Nachfrage vor allem nach Rohstoffen, Vorleistungen und Vorerzeugnissen gesunken. Das Festhalten der chinesischen Führung an dem langfristig angelegten Modernisierungsprozeß erklärt den weniger starken Rückgang der Nachfrage nach Investitionsgütern.

Im internationalen Vergleich hat die Bundesrepublik 1990 als viertgrößter Handelspartner der VR China keineswegs schlecht abgeschnitten. Der Rückgang der Exporte im letzten Jahr ist weniger damit zu erklären, daß sich bundesdeutsche Unternehmen strikt an die im Zusammenhang mit den Juni-Ereignissen 1989 verhängten Sanktionen orientiert hätten, noch daß die Aussetzung der Hermes-Bürgschaften die Exporttätigkeit deutscher Unternehmen sonderlich beeinflusst hätte. Der Exportrückgang betraf vielmehr sämtliche OECD-Staaten und ist vorwiegend auf die Kontinuität der seit Herbst 1988 verfolgten Austeritätspolitik der chinesischen Führung zurückzuführen.

#### 3.2.1 Divergierende Statistiken

Informationen über den Außenhandel der VR China liefern die chinesischen Zollamt- und Außenhandelsministeriums (MOFERT)-Statistiken und die deutsche Außenhandelsstatistik vom

Statistischen Bundesamt in Wiesbaden. Die Außenhandelsstatistiken beider Länder weichen aufgrund unterschiedlicher Begriffsdefinitionen und unterschiedlicher Erhebungsmethoden häufig stark voneinander ab. Die chinesische Verfahrensweise ist häufig irreführend, da sie im Gegensatz zur Erhebungsmethode des statistischen Bundesamtes in Wiesbaden den indirekten Handel (über dritte Länder) nicht nachweist. So bezieht die Bundesrepublik nach chinesischen Angaben ständig weniger Waren aus China, als in der deutschen Statistik nachgewiesen wird.

Das DIW stellte für die ersten neun Monate 1990 folgende Unterschiede fest: Die deutsche Statistik hatte Importe im Wert von 3,3 Mrd.US\$ und ein Handelsbilanzdefizit gegenüber China in Höhe von 1,6 Mrd.US\$ nachgewiesen; die chinesische Statistik gab für diesen Zeitraum dagegen Exporte in Höhe von 1,2 Mrd.US\$ und ein Handelsbilanzdefizit gegenüber der Bundesrepublik von knapp 500 Mill.US\$ an.

Der indirekte Handel der Bundesrepublik mit China beläuft sich bei den Exporten auf ca. 11%, bei den Importen zwischen 33 und 42%. Dabei gewinnen insbesondere die Transferexporte über Hongkong zunehmend an Bedeutung. Über Hongkong werden ca. zwei Drittel aller indirekten Einfuhren aus China bezogen. Das Spektrum der Gründe für diese Handelswege reicht von traditionellen Lieferbeziehungen, Verträge mit Generalhäusern bis zu der Umgehung von Importkontingenten.

Eine weitere Ursache für divergierende Handelsbilanzen ist darin begründet, "daß beide Länder den Saldo auf der Basis von Importen zum cif-Wert und von Exporten zum fob-Wert ermitteln". So fielen die deutschen Angaben über Exporte nach China stets höher aus, als die chinesischen Angaben über Importe aus der Bundesrepublik, während die deutschen Angaben über Einfuhren aus China stets die chinesischen Angaben über Ausfuhren nach Deutschland überstiegen. Die Unterschiede zwischen den chinesischen Einfuhren aus der Bundesrepublik zu cif-Werten und den deutschen Ausfuhren zu fob-Preisen nach China liegen dabei durchschnittlich zu 15,5% unter den Abweichungen zwischen cif- und fob-Werten beim Warenverkehr in entgegengesetzter Richtung, die zeitweise ca. 24% betragen. Diese Abweichung ist vor allem in der unterschiedlichen Exportgüterstruktur beider Länder begründet. Der hohe Anteil von Massengütern an den chinesischen Ausfuhren ist hinsichtlich des Verhältnisses Frachtkosten pro Gewichtseinheit ungünstiger als bei den Frachtkosten, die in Relation zum Warenwert bei dem großen Anteil von Anlagegütern und Maschinen an den bundesdeutschen Exporten nach China anfallen.<sup>13</sup>

### 3.2.2

#### Die Bedeutung der Hermes-Bürgschaften für das deutsche Exportgeschäft mit China

Der Ostasiatischen Verein (OAV) in Hamburg und der Ostausschuß der Deutschen Wirtschaft kommen in einer gemeinsam durchgeführten Studie zu dem Ergebnis, daß der Einfluß der Hermes-Bürgschaften auf die Entscheidungen deutscher Exporteure wesentlich schwächer ausfiel als bislang angenommen worden war.

Die Hermes-Bürgschaften waren nach den Juni-Ereignissen 1989 in Beijing ausgesetzt worden. Im November 1990 hatte der für die Hermes-Bürgschaften zuständige Interministerielle Ausschuß die verhängte Sperre teilweise wieder aufgehoben. Der Ausschuß entschied im einzelnen, für Kredite über eine Laufzeit von höchstens 360 Tagen wieder Hermes-Bürgschaften zu gewähren. Für längerfristige Geschäfte werden Deckungen von Fall zu Fall übernommen, und zwar für Projekte, "die

den Menschen in China nützen". Seit der begrenzten Aufhebung des Sanktionsbeschlusses hat die Bundesregierung bis Ende Februar 1991 Hermes-Bürgschaften für Einzelgeschäfte mit der VR China in Höhe von 368 Mio.DM übernommen.

Den Ergebnissen der Studie zufolge messen 61% der befragten Unternehmen den Hermes-Bürgschaften nur geringe Bedeutung bei und für 41% sind sie "gänzlich unbedeutend". Außerdem hatte die Rücknahme der Hermes-Bürgschaften nach Einschätzungen der am China-Geschäft beteiligten Unternehmen keinen entscheidenden Einfluß auf den Verlauf des China-Handels. 86% der Unternehmen verzeichneten keine nennenswerten Verluste gegenüber dem Vorjahr, 68% hätten trotz Ausfall der Bürgschaften neue Lieferverträge abschließen können. 32% der Unternehmen, die keine neuen Geschäftsvereinbarungen treffen konnten, sehen die Ursachen gleichrangig im Nachfragerückgang der chinesischen Handelspartner und im Ausfall der Hermes-Bürgschaften begründet. Lediglich 14% der Befragten gaben an, durch die Aussetzung der Hermes-Bürgschaften Geschäftseinbußen erlitten zu haben.

Für Unternehmen im Maschinen- und Anlagenbau, die zu 56% die Hermes-Bürgschaften in Anspruch nehmen, sind diese Versicherungen jedoch von größerer Bedeutung. Allerdings deckt das Umsatzvolumen der 39%, die Hermes eine große Bedeutung beimessen, nur 10% des deutschen Exportgeschäfts. Außerdem sichern 45% der Unternehmen, die Bürgschaften im China-Geschäft beanspruchen, durchschnittlich mehr als drei Viertel ihres gesamten Exportvolumens durch Ausfallbürgschaften ab. OAV und Ost-Ausschuß folgern aus dieser Studie, daß ein Großteil der Liefergeschäfte keiner Absicherung bedarf. Ohnehin ist das durch Hermes versicherte Risiko, der Nichtzahlungsfall, in der Volksrepublik gering.

Für 90% der Unternehmen, die die Intensivierung des China-Geschäfts beabsichtigen spielen die Hermes-Bürgschaften nur eine untergeordnete Rolle. Eine Ausweitung der Geschäftsbeziehung ist hingegen für die Unternehmen in erster Linie abhängig von der Zahlungsfähigkeit der chinesischen Geschäftspartner (36% der befragten Unternehmen), der politischen Stabilität (26%) und der positiven Wirtschaftsentwicklung (21%).

### 3.2.3

#### Aussichten für 1991

In den ersten Monaten des Jahres 1991 war ein weiterer Rückgang der deutschen Exporte in die VR China zu beobachten. Während die Importe aus China im ersten Quartal 1991 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 53% auf 2.882,3 Mrd.DM zunahmen, sanken die Exporte nach China im selben Vergleichszeitraum um 23,9% auf 841,1 Mio.DM. In den ersten beiden Monaten sollen die Reexporte aus China über Hongkong nach Deutschland um 148% zugenommen haben.<sup>14</sup>

In Reaktion auf die Verschlechterung der Geschäftsbeziehungen haben deutsche Banken bereits Personal in Beijing abgezogen. Nach Informationen der taz hatten im Februar 1991, abgesehen von der Dresdner Bank, die übrigen Banken nur noch einen Vertreter in Beijing. Neben dem Geschäftsrückgang infolge der chinesischen Liquiditätsengpässe und Sparmaßnahmen der letzten beiden Jahren traten lt. taz auch verstärkt Streitfälle zwischen deutschen und chinesischen Firmen auf. Zahlungsverzögerungen chinesischer Firmen seien inzwischen die Regel und außerdem würden in vielen Projekten, vor allem in der Hotelbranche, Umschuldungen vorgenommen. Außerdem beklagen sich deutsche Firmenvertreter über mangelnde Entscheidungsbereitschaft ihrer chinesischen Partner, Kompetenzstreitigkeiten, Korruption und schleppende bürokratische Verfahren.<sup>15</sup>

Der Anfang April 1991 verabschiedete neue Fünfjahresplan (91-95) sieht die Beibehaltung der restriktiven Importpolitik vor. Zwar hatte der Vorsitzende der Staatlichen Planungskommission, Zou Jiahua, in seiner Rede vor dem Volkskongreß in Beijing angemerkt, daß "die inländische Nachfrage etwas zunehmen wird", doch gleichzeitig strenge Maßstäbe für Importe angelegt: "Die Bemühungen sind darauf zu richten, daß Maschinen, Anlagen, Roh- und Werkstoffe, die China selber herstellen und sich damit versorgen kann, nur beschränkt oder gar nicht importiert werden dürfen. Die Einfuhr von hochwertigen Konsumgütern, Zigaretten und Spirituosen ist streng einzuschränken." Lediglich im Infrastruktur-, Kommunikations- und High-Tech-Bereich sollen Importe genehmigt werden. Die Importe dürften sich in Zukunft laut deutschen Experten in der Handelsförderungsstelle der deutschen Botschaft in Beijing auf Spezial-

gebiete, etwa auf Techniken zur Reduzierung von Schadstoffen in der Petrochemie und Modernisierung von Unternehmen beschränken.<sup>16</sup>

Der enorme Anstieg der Einfuhren aus der VR China wird u.a. auf die Konsumgüternachfrage der neuen Bundesländer zurückgeführt. Gleichzeitig ging die Nachfrage nach Gütern von Firmen aus der ehemaligen DDR seit der Umstellung ihres China-Handels auf konvertible Währungen zurück. 1989 hatte das Handelsvolumen mit der Ex-DDR noch 1,2 Mrd.DM betragen. Selbst größere Firmen wie Carl Zeiss Jena und Textima haben jetzt Schwierigkeiten, ihre Produkte abzusetzen. Viele ehemalige DDR-Firmen mußten das Geschäft mit der Volksrepublik bereits aufgeben.

Ebenfalls enttäuschend für am China-Geschäft beteiligte deutsche Unternehmer verlief der Besuch einer chinesischen Einkaufsdelegation in Europa. Nach Angaben des Delegationsleiters Wei Yuming, früherer stellvertretender Minister für Außenwirtschaft, gegenüber dem Arbeitskreis China des Ostausschusses, habe die Kommission und die sie begleitenden Handelsgruppen von mehr als 200 Einkäufern mit europäischen Unternehmen Abschlüsse im Wert von 140 Mio.US\$ getätigt. Der Löwenanteil entfiel dabei mit 500 Mio.US\$ auf Spanien, der zweitgrößte Anteil mit 400 Mio.US\$ auf Großbritannien, während mit der Bundesrepublik nur Aufträge im Wert von 140 Mio.US\$ abgeschlossen wurden. Nach BDI-Präsident Heinrich Weiss, Vorsitzender des Arbeitskreises China im Ost-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft und Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), war das erzielte Ergebnis von knapp 10% des Einkaufsvolumens für die am China-Geschäft beteiligten deutschen Unternehmen besonders enttäuschend. Bisher hätten die deutschen Anteile am europäischen China-Geschäft 50% betragen. Das schlechte Abschneiden bundesdeutscher Unternehmer begründete Wei Yuming mit den besseren Finanzierungsbedingungen der Konkurrenten. Sie hätten im Gegensatz zu den Deutschen eine Mischfinanzierung aus privaten und staatlichen Krediten bieten können. Diese Mischfinanzierung sei aufgrund der begrenzten Devisenvorräte für China günstiger.<sup>17</sup>

Am 6./7. November 1991 findet die 7.Tagung des deutsch-chinesischen Gemischten Ausschusses unter Vorsitz von Bundeswirtschaftsminister Möllemann und Außenhandelsminister Li Lanqing in Beijing statt. In diesem Rahmen wird Heinrich Weiss die Sitzung über Fragen der bilateralen wirtschaftlichen Zusammenarbeit leiten.

### 3.2.4

#### Das Wirtschaftssymposium des deutsch-chinesischen Wirtschaftskreises 1988

Obgleich diese Veranstaltung mit dem Titel "China nach zehn Jahren Öffnung - Bilanz und Perspektiven" schon einige Zeit zurückliegt, soll sie hier dennoch Berücksichtigung finden, da sie zum einen die erste Veranstaltung des am 23.Juni 1988 im Ostasiatischen Verein gegründeten Wirtschaftskreises war, und zum anderen auch gegenwärtig noch geltende Erfahrungen deutscher Unternehmer mit dem China-Geschäft zur Sprache kamen.

Das Symposium fand am 11.Oktober 1988 in Hamburg statt. Auf chinesischer Seite nahm u.a. der Stellvertretende Ministerpräsident der VR China, Yao Yilin, an der Veranstaltung teil. Nach den üblichen Grußadressen äußerte sich Oswald Putzier, Geschäftsführer der Firma Jebsen & Jessen, über Schwierigkeiten insbesondere der importierenden Wirtschaft in der BRD mit chinesischen Unternehmen bzw. Institutionen. Eine der wesentlichen Ursachen der auftretenden Probleme sei der Mangel an geschultem chinesischem Personal und die schlechte Markttransparenz. Häufig würden von chinesischen Unternehmen unterschiedliche Qualitäten trotz identischer Warenauszeichnung angeboten bzw. geliefert. Das Vertrauen in den chinesischen Außenhandel sei daher stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Der Stellvertretende chinesische Minister für außenwirtschaftliche Beziehungen und Außenhandel, Li Lanqing, zeigte sich darauf hin entgegenkommend und kündigte rechtliche Schritte der VR China gegen unsolide Geschäftspraktiken chinesischer Firmen an.

Die Frage nach der Durchführbarkeit von Finanzgeschäften in der chinesischen Währung Renminbi (RMB) für ausländische Banken verneinte der Präsident der Bank of China, Wang

Deyan, da zu diesem Zeitpunkt derartige Finanzgeschäfte einen weiteren Inflationsschub in der Volksrepublik auslösen würden.

### 3.2.5

#### Hamburg: Drehscheibe für den China-Handel

Die Hansestadt Hamburg nimmt eine zentrale Rolle im europäischen und bundesdeutschen China-Handel ein. Knapp zwei Drittel des Warenaustausches zwischen der Bundesrepublik und China erfolgen über den Hamburger Hafen. Der über Hamburg abgewickelte deutsche Außenhandel mit Ostasien erreichte 1990 ein Volumen von über 44 Mrd.DM. Der Anteil der von China nach Hamburg verschifften Waren im Wert von 5,1 Mrd.DM entsprach dabei 8,8% der Gesamteinfuhren, die in Hamburg abgefertigt wurden. Insgesamt wurden 63,1% aller China-Importe nach Deutschland über Hamburg eingeführt. Eine ähnliche Spitzenstellung im Außenhandel mit China nimmt Hamburg auf der Exportseite ein. 1990 wurden 65,4% aller Exporte nach China im Wert von 2,6 Mrd.DM über Hamburg verschifft. Der Anteil Hamburger Import- und Exportfirmen an dem über Hamburg gehenden China-Handel ist dabei standortbedingt groß. Mit ca. 1,7 Mrd.DM - bemessen am Generalhandel - betrug er 1990 ca. 26,7%. Davon entfielen mit ca. 1,4 Mrd.DM 18,2% auf Importe und mit ca. 0,3 Mrd.DM 8,5% auf das Exportgeschäft.

Die Handelsbeziehungen zwischen der VR China und Hamburg blicken auf eine nunmehr 200 Jahre alte Tradition zurück. Dokumenten zufolge war 1792 das erste Schiff aus China von der südchinesischen Hafenstadt Kanton nach Hamburg gesegelt, und 1797 hat nachweislich das erste unter hamburgischer Flagge fahrende Schiff China erreicht. Von wenigen Unterbrechungen abgesehen, entwickelten sich die bilateralen Handelsbeziehungen seitdem kontinuierlich.

Die Bedeutung Hamburgs in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der VR China dokumentieren auch die zahlreichen Niederlassungen chinesischer Unternehmen in der Hansestadt - nach Angaben der Handelskammer bisher ca. 65, z.T. Joint Ventures. Darunter dominieren die reinen

Handelshäuser, aber auch Transportfirmen gewinnen an Bedeutung. So hat z.B. die Zentrale für Nordwesteuropa der chinesischen Staatsreederei COSCO 1989 eine Niederlassung in Hamburg eröffnet. Das größte und technisch anspruchvollste deutsch-chinesische Gemeinschaftsunternehmen ist die im Dezember 1988 in Hamburg zwischen MBB und der China National Aero-Technology Import & Export Corporation (CATIC) gegründete "MPC Aircraft GmbH", das sämtliche mit dem Flugzeug-Projekt MPC 75 verbundene Aktivitäten steuert. An dem Gemeinschaftsunternehmen mit einem Stammkapital von 1,5 Mio.DM ist MBB zu 80% und CATIC zu 20% beteiligt.

Auch die Anzahl von Niederlassungen chinesischer Institutionen hat sich seit 1980 ständig vergrößert. Der Eröffnung von Repräsentanzen chinesischer Außenhandelsorganisationen folgte eine Reihe von Gesellschaften einzelner Branchen und Provinzen. 1984 wurde das bisher einzige chinesische Generalkonsulat in der Bundesrepublik in Hamburg eröffnet. Ein Jahr später ließ sich das Chinesische Außenhandelszentrum für Westeuropa in der Hansestadt nieder. Außerdem ist ein deutsch-chinesisches Schlichtungszentrum gegründet worden, das bei Konflikten zwischen den Handelspartnern eingeschaltet wird. Diese Einrichtung trägt dem chinesischen Rechtsempfinden Rechnung. Die Bedeutung der engen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Hamburg und China wurde 1986 durch einen Kooperationsvertrag zwischen der Hansestadt und der chinesischen Hafen- und Handelsstadt Shanghai noch verstärkt. Auch die Aktivitäten Hamburger Unternehmen in China nehmen zu. Nach Angaben der Handelskammer gibt es inzwischen ca. 24 Niederlassungen und Produktionsstätten Hamburger Firmen in der VR China. Mittlerweile sollen mehr als 800 Hamburger Unternehmen aller Branchen Verbindungen nach China haben.

Die vielfältigen wirtschaftlichen Verbindungen werden durch zahlreiche kulturelle Veranstaltungen und Tätigkeiten Hamburger Hochschulen und Forschungseinrichtungen ergänzt. Hier sind vor allem das sinologische Institut der Universität Hamburg, das Max-Planck Institut für internationales Privatrecht und das Institut für Asienkunde zu nennen. Außerdem hat der Ost-

asiatische Verein mit dem im Oktober 1988 gegründeten Deutsch-Chinesischen Wirtschaftskreis seinen Sitz in Hamburg. Dieser bietet ein ständiges Forum für bilaterale Gespräche zwischen deutschen und chinesischen Firmen. Einen Höhepunkt der kulturellen Kontakte stellten die 1988 durchgeführten China-Wochen dar.

Ein weiteres Indiz für die Entwicklung der Beziehungen zwischen Hamburg und China war die bis zu den Juni-Ereignissen 1989 steigende Anzahl der chinesischen Besuchsdelegationen in der Hansestadt. Während vor dem ersten Weltkrieg lediglich vier Delegationen Hamburg besuchten und es zwischen den Weltkriegen nicht mehr als zwölf waren, so kamen allein von 1985 bis 1988 750 Delegationen nach China.

### 3.3 Kooperationsabkommen

Im Rahmen der Entwicklung des bilateralen Handels seit 1972 ist der Lizenz- und Kompensationshandel sowie der Technologietransfer beträchtlich ausgeweitet worden. Nach Aufnahme des Lizenzhandels im Jahre 1975 sind bundesdeutsche und chinesische Unternehmen zunehmend zur gemeinschaftlichen Produktion übergegangen. Diese umfaßt die Produktion von Gütern wie Container, Kunststoffgußmaschinen, Schleifmaschinen, Schwimmkräne, Schiffsdieselmotoren, rechnergesteuerte Drehbänke, Bagger, Industriepumpen sowie komplizierte Anlagen und Produktionsstraßen, z.B. Produktionsanlagen für Getränkedosen, Warm- und Kaltwalzanlagen, Anlagen für die Hüttenindustrie, Chemiefaserherstellung und Lebensmittelverarbeitung. Zwei Drittel der bestehenden Industriekooperationsprojekte konzentrieren sich auf den Maschinenbau.

#### 3.3.1 Deutsch-chinesische Joint Ventures

Mit dem Inkrafttreten des "Gesetzes der Volksrepublik China über Gemeinschaftsunternehmen mit chinesischer und ausländischer Kapitalbeteiligung" vom 8.Juni 1979 ist der gesetzliche Rahmen für Gemeinschaftsunternehmen mit ausländischen Partnern auf dem Hoheitsgebiet der VR China geschaffen worden. Das Gesetz ist

seitdem durch eine Reihe von Erlassen, Verordnungen und Vorschriften ergänzt worden.<sup>18</sup>

Es werden "Equity Joint Ventures" und "Contractual Joint Ventures" unterschieden. Bei ersteren wird der ausländische Kapitalanteil in Form von Ausrüstungen, Maschinen, technischem Wissen und Devisen eingebracht. Der chinesische Partner stellt in der Regel den Grund und Boden, Gebäude, Materialien und Rohstoffe bereit.

Equity Joint Ventures werden von einem "Board of Directors" geleitet, dessen Vorsitzender Chinese sein muß (Art.5). Der von diesem berufene oder ernannte General Manager oder Präsident wird in aller Regel durch den Auslandspartner gestellt. "Art.10 des Gesetzes sichert den Auslandspartnern von Joint Ventures zu, daß sie ihren Gewinnanteil nach Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen sowie ihre Kapitalanteile nach Beendigung der gemeinsamen Geschäftstätigkeit ins Ausland transferieren können." Beim Equity Joint Venture handelt es sich um eine Kapitalgesellschaft nach chinesischem Recht in der Rechtsform der "Limited Liability Company". Hingegen entsteht bei der Bildung eines "Contractual Joint Venture" keine neue juristische Person. Die Vertragspartner treffen lediglich Vereinbarungen über ihre Rechte und Pflichten. Gesetzliche Rahmenbedingungen für Contractual Joint Ventures, die als Vorstufe von Equity Joint Ventures gelten können, wurden 1988 verabschiedet.<sup>19</sup> Außerdem ist seit dem 12.April 1986 die Gründung von Unternehmen in China mit hundertprozentiger Auslandsbeteiligung durch das "Law of the PRC on Enterprises operated Exclusively with Foreign Capital" abgesichert.

Von bundesdeutschen und chinesischen Unternehmen sind bis heute ca. 60 Joint Ventures gegründet worden, davon ca. 25 Equity Joint Ventures und 35 Contractual Joint Ventures. Ein Großteil der Gemeinschaftsunternehmen ist auf den Gebieten der Maschinen-, Kosmetika-, Kunststoff-, optische Fasern-, Textil- und Getränkeproduktion tätig.

Die Technische Universität Berlin und die Jiaotong-Universität in Shanghai führten gemeinsam eine Studie über die bei 16 deutsch-chinesischen Joint

Ventures und Wirtschaftskooperationen auftretenden Probleme durch. In der dreijährigen Untersuchung wurde u.a. festgestellt, daß Schwierigkeiten in den untersuchten Fällen eher interner als externer Natur sind. Eine Bewältigung der Probleme könne u.a. durch eine Trennung von Management und Eigentumsrecht ermöglicht werden.

Ein bemerkenswertes Ergebnis der Studie ist, daß sich nur 12,5% der Joint Ventures und Wirtschaftskooperationen über destabilisierende Faktoren sowie wechselseitige Beschuldigungspraktiken beklagten. Dagegen gab der überwiegende Anteil der Gemeinschaftsunternehmen an, gute Erfolge und hohe Gewinne aus dem investierten Kapital erwirtschaftet zu haben. Das Ergebnis ist insbesondere im Vergleich mit Erfahrungen von Joint Ventures in anderen Ländern erstaunlich. Untersuchungen auf internationaler Ebene weisen eine Instabilitätsrate von 30% in entwickelten Ländern und 45-50% in Entwicklungsländern auf.<sup>20</sup>

Das erste deutsch-chinesische Joint Venture ist die 1981 gegründete Kosmetikfirma "Tianjin Liming Cosmetics Joint Industrial Company", an der das bundesdeutsche Unternehmen Wella AG, Darmstadt, und die chinesischen "Ersten Industrierwerke für chemische Gebrauchsgüter, Tianjin", beteiligt sind.

### 3.3.1.1

#### Die VW-Aktivitäten in China

Besonders hervorzuheben sind die Aktivitäten der Volkswagen AG in China. Im September 1985 hatte die von VW zu 50% mitgetragene Shanghai Automotive Company Ltd. (SVW) ihren Betrieb in Anting bei Shanghai aufgenommen. Auf chinesischer Seite sind an der SVW die Shanghai Tractor and Automobile Corp. (STAC) mit 25%, die Bank of China/Shanghai Trust and Consulting Company mit 15% sowie der Dachverband der chinesischen Automobilindustrie mit 10% beteiligt. Seit Beginn der Probemontagen wurden in Anting ca. 72.000 Autos vom Typ Santana gebaut.

Im April 1990 hat die SVW zwei weitere Produktionsanlagen, ein Großpressenwerk und eine Anlage zur Motorenfertigung, in Betrieb genommen. Die Gesamtinvestitionen für das Werk

in Anting beliefen sich dabei nach Angaben des VW-Vorstandsvorsitzenden, Carl Hahn, auf rd. 500 Mio.DM. In dem neuen Motorenwerk ist die Fertigung von jährlich 100.000 Rumpfmotoren vorgesehen. Bis zu 80.000 sollen davon jährlich exportiert werden. Nach Hahn sei die SVW damit das erste Unternehmen, das ein hochwertiges industrielles Aggregat für Automobilbau aus der VR China exportieren werde.

Um den Santana noch attraktiver zu machen, soll ab 1995 ein neues Modell vom Band laufen, größer, länger und mit modernerem Design als das gegenwärtig gebaute. Der chinesische Anteil an der Santana-Produktion soll sich durch die neuen Fertigungsanlagen von 33% auf 80% bis 1992 steigern. Mit den Fertigungsbereichen Preßwerk, Rohbau, Lackiererei und Endmontage seien die technischen Kapazitäten zur Produktion von jährlich 60.000 Fahrzeugen ausgelegt. Außerdem plant VW die Herstellung von Getrieben und Achsen in China.

Die Volkswagen AG beabsichtigt, in China eine führende Marktposition zu erreichen und gleichzeitig ihre Marktposition zu einem Brückenkopf für den südostasiatischen Raum auszubauen. Neben dem Santana-Projekt in Shanghai zählt dazu die 1988 mit den First Automobile Works (FAW) in Changchun (Mandschurei) vereinbarte Lizenzfertigung des Audi 100. Nach Angaben des für den Produktionsablauf zuständigen Vorstandsmitglied der zum Volkswagenkonzern gehörenden Audi AG, Hermann Stübig, sind seit 1988 für Audi Umsatzerlöse von mehr als 200 Mio.DM erzielt worden. Bisher lieferte Audi 8.600 Fahrzeugteilsätze des Audi 100 nach Changchun. In diesem Jahr ist die Fertigung von 6.000 bis 7.000 dieses Typs geplant, und bis 1995 soll die Produktion auf jährlich 50.000 Stück erhöht werden. Stübig merkte allerdings an, daß es "ungeheuer schwer" sei, den Anfang 1988 vereinbarten chinesischen Eigenfertigungsanteil von derzeit knapp 12% auf 70% bei unverändertem Qualitätsniveau 1995 auch zu erreichen.

Außerdem hat die VW AG am 20.11.1990 mit der FAW in Changchun einen Joint Venture-Vertrag zur Herstellung der Golf- und Jetta-Klasse unterzeichnet. Die VW AG hat damit die Position des bedeutendsten Partner Chinas in der Produktion von Perso-

nenkraftwagen erlangt. Ab dem 3.Quartal 1991 ist die Golf-Montage mit importierten Sätzen aus Deutschland und ab 1993 stufenweise die lokale Serienfertigung vorgesehen. 1994 sollen zunächst 60.000 Golf und Jetta vom Band laufen und 1996 soll die jährliche Produktionskapazität 150.000 PKW, 270.000 Motoren und 180.000 Getriebe erreicht haben. Dabei soll der lokale Fertigungsanteil auf 65% erweitert und in den Folgejahren weiter erhöht werden.

Ab 1994 soll in Changchun auch für ausländische Märkte produziert werden. Geplant ist ein Exportvolumen von jährlich 22.500 Pkw. Das von der VW AG und FAW gegründete Joint Venture ist das größte deutsch-chinesische Gemeinschaftsunternehmen. Bis zur Endausbaustufe sind insgesamt Investitionen in Höhe von 1,5 Mrd.DM geplant. Die Beteiligung der VW AG am Grundkapital von 600 Mio.DM beträgt 40%. Der Vertrag hat eine Laufzeit von 25 Jahren und sieht auch die Übernahme des Exports von 15% der Jahresproduktion für den südostasiatischen Markt und den Rückkauf von jährlich 100.000 in Changchun produzierten Motoren sowie von Autoteilen im Wert von 50 Mio.DM durch VW vor.

### 3.3.1.2

#### Wichtige deutsch-chinesische Joint Venture-Gründungen seit 1988 in der VR China

Im November 1988 gründete die Siemens AG in Anwesenheit von Außenminister Hans Dietrich-Genscher nach jahrelangen Verhandlungen ein Gemeinschaftsunternehmen mit der Beijing Wire Communications Plant (BWCP) zur Fertigung von digitalen Telefonvermittlungsanlagen. Bei einer Siemensbeteiligung von 42% beliefen sich die Gesamtinvestitionen der Firma in der ersten Ausbaustufe auf 62 Mio. US\$.

1988 machte der Erfolg eines chinesischen Kühlschranks Herstellers aus Qingdao in der Provinz Shandong Schlagzeilen. Bei einer Ausschreibung der Weltgesundheitsorganisation WHO hatten amerikanische und japanische Konkurrenten das Nachsehen, als die chinesischen Hersteller mit ihrem Produkt der Marke "Qingdao-Liebherr" den ersten Platz belegte. Der

Erfolg ist auf die Kooperation der Qingdaoer mit der für die Qualität ihrer Kühlschränke weltweit bekannten bundesdeutschen Firma Liebherr zurückzuführen. Die beiden Firmen betreiben ein Joint Venture. Der chinesische Hersteller führte erstmals 1984 Technologien der Firma Liebherr ein. Die Zusammenarbeit wurde schnell ausgeweitet, so daß jährlich ca. 100.000 Kühlschränke produziert werden.

Im März 1988 wurde in Anwesenheit des Stellvertretenden saarländischen Ministerpräsidenten, Hans Kasper, das Joint Venture Asko-Adler-Comco zwischen Asko-Adler Deutschland, einer der größten Warenhausgruppen in der BRD, und einem Textilkombinat der Stadt Beijing unterzeichnet.

Die Lufthansa AG hat im Mai 1989 mit der China Civil Aviation Administration of China (CAAC) ein Abkommen über die Gründung eines technischen Gemeinschaftsunternehmens unterzeichnet. Das gemeinsame Projekt umfaßt Ausbau und Modernisierung der technischen Wartungsbasis der CAAC in Beijing. Das Grundkapital wurde zu 60% von der chinesischen Seite und zu 40% von der Lufthansa eingebracht.

Im August 1990 ist in Beijing eine chinesisch-deutsche Luftfahrtschule zur Ausbildung von luftfahrttechnischen Facharbeitern eröffnet worden. Die Bundesrepublik hat für dieses Projekt 20 Mio.DM, China 12 Mio.Yüan zur Verfügung gestellt. Getragen wird das Ausbildungszentrum gemeinschaftlich von der Deutschen Lufthansa und der CAAC.

Die VR China beabsichtigt im laufenden Jahr 981 Mio.RMB (rd. 281,1 Mio.DM) für den Ausbau der Anlagen der Zivilluftfahrt zu investieren. Angaben des Direktors der CAAC zufolge sollen davon dem gemeinsam mit der Lufthansa geführten Joint Venture zur Flugzeugwartung in Beijing ca. 400 Mio.RMB zufließen.

Am 28. September 1991 findet das Richtfest für das "Beijing Lufthansa Center" in der chinesischen Hauptstadt statt. Das Beijing Lufthansa Center ist ein Dienstleistungszentrum, in dem ein Kempinski-Hotel mit 540 Zimmern und Suiten, Mietwohnungen, zu vermietende Büros, Ausstellungsflächen, ein Business-Center, ein Büro der

Lufthansa, ein Shopping-Center, Restaurants sowie Sport- und andere Freizeiteinrichtungen entstehen. Der Gesamtkomplex soll im Sommer 1992 eröffnet werden. Für Bau und Betrieb des Dienstleistungsunternehmens ist im Dezember 1986 das deutsch-chinesische Joint Venture "Beijing Lufthansa Center Co. Ltd." gegründet worden. Das Eigenkapital der Gesellschaft wird zu 50% von der "Beijing Municipal Commercial Service Network Development Corporation" (BMC), zu 40,5% von der Lufthansa German Center GmbH & Co. Kommanditgesellschaft sowie zu 9,5% von der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH. (DEG) gehalten. Die Lufthansa German Center GmbH & Co. Kommanditgesellschaft mit Sitz in Köln ist von der Lufthansa AG, den beiden Baufirmen Philipp Holzmann AG und Bilfinger & Berger Bauaktiengesellschaft sowie der Kempinski Hotels S.A. zur Realisierung des Projektes im Mai 1987 gegründet worden.

Im Juli 1991 hat die Carl Schenck AG, Darmstadt, ein auf internationalen Märkten führendes Elektronik-, Spezialmaschinen- und Anlagenbauunternehmen, mit der Shanghai Mechanical and Electrical Industrial Investment Corporation das Gemeinschaftsunternehmen "Schenck Shanghai Testing Machinery Corporation Ltd." in Shanghai gegründet. Nach Schenck-Angaben zählt das Joint Venture zu den ersten Herstellern von Auswucht- und Materialprüfmaschinen. Das Grundkapital beträgt 8,6 Mio.DM, an dem die beiden Partner zu je 50% beteiligt sind. Unter den bisher 60 deutsch-chinesischen Gemeinschaftsunternehmen gehört es zu den fünf größten. Der auf eine Laufzeit von 50 Jahren abgeschlossene Vertrag zählt zu einem der langfristigen.

Das größte Joint Venture im Schiffsbau auf chinesischem Territorium mit einer Gesamtinvestition von 12,5 Mio.US\$ ist im August 1991 zwischen der bundesdeutschen Firma Schierack, Bonn, und den chinesischen Schiffswerften Zhonghua und Jiangnan gebildet worden. Das Gemeinschaftsunternehmen mit Sitz in der "Pudong Economic and Technical Development Zone in Shanghai" beabsichtigt die Herstellung von Tanks für Flüssiggas mit einem Fassungsvermögen von 15.000 Kubikmetern sowie den Bau von Transportbehältern für chemische

Produkte mit einem Gesamtzuladungsgewicht von 20.000 dwt (dead weight tons). Die Produktion soll nächsten Monat aufgenommen werden. Das Joint Venture wird auf chinesischer Seite von der China State Shipbuilding Corporation (CSSV), die für die mit der Schifffahrt verbundenen Unternehmungen des Landes zuständig ist, und der Shanghai Stadtverwaltung gefördert. Die Pudong-Filiale der Bank of China hat zur Realisierung des Vorhabens einen Kredit von 20 Mio.US\$ bereitgestellt. 40% der Investitionen hat die Schierack in das Gemeinschaftsunternehmen mit einer Laufzeit von 10 Jahren eingebracht. Die Firma Schierack ist weltweit für ihr technisches Know-how bekannt. 70% der weltweiten Produktion von Flüssiggastanks werden nach den Plänen der Schierack gefertigt.

Das Investitionsklima wurde seit der Niederschlagung der friedlichen Protestbewegung im Juni 1989 im allgemeinen durch die politischen Instabilitäten negativ beeinflusst; insbesondere zeigten deutsche Investoren aus der mittelständischen Industrie wenig Interesse, in China neue Joint Ventures zu gründen oder andere Geschäftsbeziehungen mit chinesischen Partnern aufzunehmen.

### 3.3.1.3

#### Deutsch-chinesische Joint Ventures in der Bundesrepublik

Die chinesisch-deutschen Gemeinschaftsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik sind u.a. in den Bereichen Im- und Export, Schifffahrt, Tourismus und Gastronomie tätig. Die größten sind: das westdeutsche Handelszentrum in Hamburg, "Sunry Import & Export GmbH", "Deutsche Sinochem GmbH", die Seetransportfirma "Sinorick" und das Restaurant "Sichuan" in Düsseldorf.

Im Mai 1988 wurde ein deutsch-chinesisches Gemeinschaftsunternehmen, die Letex-Gesellschaft für Licensing, Engineering, Technology and Equipment Import and Export mbH, in Essen gegründet. Das Stammkapital von 500.000 DM wurde zu je 50% von deutschen und chinesischen Unternehmen eingebracht. Auf deutscher Seite sind die Ferrostahl AG, die Eisenbau Essen GmbH und das Bremer Handelshaus C. Melchers & Co. an

dem Joint Venture beteiligt, auf chinesischer Seite die dem Beijinger Wirtschaftsministerium unterstellte China National Technical Import and Export Corporation sowie die Ingenieur- und Beratungsgesellschaft Beijing Central Engineering and Research Incorporating of Iron and Steel Industry (beide Beijing). Die Letex ist in folgenden Bereichen tätig: Lizenz-, Handel-, Technologietransfer, Beratung und technische Assistenz bei der Planung neuer Anlagen, Handel mit Maschinen, Ausrüstungen und Produkten, sowie Abwicklung von Gegengeschäften. In der VR China unterhält die Gesellschaft mehr als 50 Büros und Niederlassungen.

Im April 1989 wurde die erste deutsch-chinesische Unternehmensberatungsgesellschaft von der Treuhand und Beratung AG, München, und der Universität Beijing in München unter dem Namen "The Investigation and Management Consulting Group for Economic and Technological Cooperation" gegründet. Die Beratungsgesellschaft bietet in den Bereichen des Managementtrainings, Consulting und Know-how-Transfers ihre Dienste an. Außerdem erteilt sie Ratschläge bei Kooperationen zwischen EG und der VR China, für die Zusammenarbeit von Unternehmen in beiden Wirtschaftsräumen und bei Kompensationsgeschäften.

Auf Initiative der BHF-Bank ist das deutsch-chinesische Joint-Venture "China Technology Trade-Deutschland GmbH" mit Sitz in Hamburg gegründet worden. 60% des Stammkapitals von 500.000 DM halten die BHF-Bank, die von ihr kontrollierte Industrie-Holding AGIV und die DK-Beteiligungs-GmbH, ein Zusammenschluß von Wirtschaftsprüfern. Die verbleibenden 40% des Stammkapitals werden von der China Technology Trade Ltd. und der China Patent Agent Ltd., beide aus Hongkong, gehalten. Das Joint Venture soll vornehmlich mittelständische Unternehmen in beiden Ländern in Technologieaustausch, Investitionen, Kooperationen und allgemeinen Handels- und Finanzfragen beraten.

### 3.4 Chinesische Firmen- und Gesellschaftsgründungen in der Bundesrepublik

Folgende wichtige chinesische Firmen und Gesellschaften haben seit Jahresmitte 1987 Vertretungen in der Bundesrepublik eröffnet:

Als Standort seiner ersten Auslandsvertretung hat im August 1987 das China International Economic Information Centre (CIEIC) die Rheinmetropole Köln gewählt. Die dem Außenhandelsministerium in Beijing unterstellte, im Juni 1985 gegründete Organisation fördert den Austausch von Wirtschaftsinformationen und steht sowohl ausländischen als auch chinesischen Firmen beratend bei Geschäftsabschlüssen bei.

Als erste Bank in der BRD hat die Vereins- und Westbank in Hamburg mit der East-West Consultants GmbH eine eigene Gesellschaft zur Beratung von Unternehmen im Geschäft mit der VR China und den osteuropäischen Staaten gegründet. Die Gesellschaft hat ihre Tätigkeit mit einem Stammkapital von von 200.000 DM aufgenommen.

Im Mai 1988 hat die von der chinesischen Regierung in der Bundesrepublik gegründete Buntmetall GmbH in Düsseldorf offiziell ihre Arbeit begonnen. Die der chinesischen Hauptgesellschaft für Buntmetall Im- und Export unterstehende Firma ist für den Ein- und Ausfuhr chinesischer Buntmetallprodukte und für die Entwicklung entsprechender Technologien zuständig.

Des weiteren hat die staatliche Versicherungsgesellschaft People's Insurance Company of China, Beijing, eine Niederlassung in Hamburg eröffnet. Die Gesellschaft ist in China mit 2.650 Zweigstellen und im Ausland mit 30 Büros vertreten. Die Hamburger Repräsentanz arbeitet hauptsächlich auf dem Gebiet der Transportversicherungen, die Sparten Sach-, Lebens- und Rückversicherungen werden in China abgedeckt.

### 3.5 Wichtige Geschäftsabschlüsse

Die Krupp Koppers GmbH, Essen, erhielt von der China Metallurgical Import and Export Corp. einen Auftrag im Wert von 27 Mio.DM zur Planung, Teillieferung, Montageüberwachung und Inbetriebnahme von zwei Anlagen zur Behandlung von Koksofengas. Die Anlagen sind für das Hüttenwerk der Panzhihua Iron and Steel Corp. in Douko, Provinz Sichuan, und die Kokerei Shijiazhuang, Provinz Hebei, bestimmt.

Am 27.9.1988 hat die Daimler Benz AG mit dem staatlichen Maschinenbaukonzern Norinco in Anwesenheit des Daimler-Benz Vorstandsvorsitzenden, Edzard Reuter, und des chinesischen Ministerpräsidenten Li Peng in der Großen Halle des Volkes einen Vertrag über die Produktion schwerer LKWs in China unterzeichnet. In dem Abkommen ist die Produktion von LKWs vorgesehen, die von 1990 an bis 1995 stufenweise mehr als 6000 Fahrzeuge pro Jahr umfassen soll. Für China war der Vertragsabschluß das bedeutendste Abkommen mit einem ausländischen Partner auf dem Gebiet der LKW-Produktion. Reuter sah in dem Abschluß des Vertrages einen Durchbruch für sein Unternehmen auf dem chinesischen Markt.

Im Juli 1991 haben das Aeronautical Project and Design Institute und das deutsche Bauunternehmen Bilfinger und Berger in Beijing einen Auftrag in Höhe von 3,9 Mio.US\$ zur Anfertigung des Plans für die Konstruktion eines Hangars erhalten. Auftraggeber ist die in Beijing ansässige Aircraft Maintenance and Engineering Co (Ameco), ein von den Fluggesellschaften Lufthansa und CAAC gegründetes Joint Venture. Die für eine Fläche von 60000 qm und eine Länge von 300m konzipierte Flugzeughalle soll 1996 in Betrieb genommen werden. Die Lufthansa wird 40% der für das Projekt benötigten 81 Mio.US\$ investieren, 60% wird von CAAC bereitgestellt.

### 3.6 Zusammenarbeit zwischen Banken

Im Juni und September 1985 gaben die "Bank of China" und die chinesische Treuhand und Investitionsgesellschaft (CITIC) mit Hilfe der "Deutschen Bank" jeweils Anleihen im Wert von 150 Mio.DM heraus. 1986 folgten Anleihen der "Bank of China" im Wert von 200 Mio.US\$, die ein europäisches Bankenkonsortium mit der "Deutschen Bank" an der Spitze auf den Markt brachte. Ein Jahr später gab die "Bank of China" zum zweiten Mal eine Anleihe auf den deutschen Markt aus. Die Emission im Wert von 200 Mio.DM mit einer Laufzeit von fünf Jahren bei variablen Zinsen ist über ein internationales Bankenkonsortium unter Federführung der Commerzbank herausgegeben worden.

### 3.7 Berufsausbildung, Weiterbildungsmaßnahmen und Expertenaustausch

Eine solide Marktposition bundesdeutscher Unternehmer in China ist auch von dem Transfer von Expertenwissen und dem Ausbildungsstand ihrer Mitarbeiter abhängig. Der Bereich der Berufsausbildung und -weiterbildung ist in der VR China noch wenig entwickelt. In den letzten Jahren, vor allem vor den Juni-Ereignissen 1989 in Beijing, bemühten sich bundesdeutsche Unternehmen verstärkt, ihren Beitrag zur Verbesserung der Berufsausbildung zu leisten. Hierzu einige Beispiele:

1985 wurde ein Stipendienprogramm der bundesdeutschen Wirtschaft zur Weiterbildung chinesischer Nachwuchs- und Führungskräfte ins Leben gerufen. Auf der chinesischen Seite ist die dem Staatsrat unmittelbar unterstehende Chinesische Gesellschaft für Internationalen Führungskräfte-Austausch/ China Association for International Exchange of Personnel (CAIEP), in der Bundesrepublik die Carl Duisberg Centren Gemeinnützige GmbH (CDC) für die Durchführung des Programms verantwortlich. Die an dem Programm beteiligten deutschen Firmen, Industrie- und Handelskammern, Fachverbände und der Zentralverband des deutschen Handwerks übernehmen die Programmfinanzierung und die Weiterbildung der chinesischen Fachkräfte.

Die Auswahl der Stipendiaten erfolgt durch eine in Beijing gebildete Gemischte deutsch-chinesische Auswahlkommission. Die Bewerber müssen über ein abgeschlossenes Hochschulstudium, mehrjährige Berufserfahrung und über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen. Die zunächst auf einen Zeitraum von 18 Monaten festgelegte Ausbildung umfaßt einen praktischen und theoretischen, jeweils am Weiterbildungsbedarf der Teilnehmer ausgerichteten Abschnitt. Der Schwerpunkt der theoretischen Ausbildung liegt dabei in den Bereichen Betriebs- und Volkswirtschaft. Bisher Jahresbeginn 1990 waren 122 Stipendiaten eingereist, davon sind bereits 88 wieder zurückgekehrt.

Im September 1986 wurde ein chinesisch-bundesdeutsches Ausbildungszentrum für Unternehmensmanagement in Shanghai eröffnet. 1988 hatten be-

reits 235 chinesische Fabrikdirektoren Fortbildungslehrgänge absolviert. Die Lehrgänge, die von Unternehmensorganisation bis zum Produktmanagement, von Materialbeschaffungsmaßnahmen bis Personalfragen reichen, werden von deutschen Fachkräften geleitet. Ähnliche Zentren sind in acht weiteren chinesischen Städten errichtet worden.

Am 1. Februar 1988 wurden in Beijing zwischen drei chinesischen Regierungsstellen und der AEG drei Abkommen über die Errichtung von Ausbildungszentren mit dem Ziel der längerfristigen Zusammenarbeit unterzeichnet. Die AEG stützt die Ausbildungszentren aus und sorgt dafür, daß die Ausbildung der künftigen (chinesischen) Lehrer in der BRD erfolgt. Am 29. November 1989 wurden drei Ausbildungszentren für chinesische Ingenieure und Techniker in Beijing eröffnet. AEG ist eine der Gesellschaften, die am frühesten in China tätig waren. Bereits 1897 kamen von dieser Gesellschaft die Elektroinstallationen für mehrere chinesische Seeschiffe.

In der nordchinesischen Industrie- und Hafenstadt Tianjin ist im Mai 1989 ein chinesisch-deutsches Industrie- und Technologie-Ausbildungszentrum eröffnet worden. Das Zentrum importierte die Ausbildungseinrichtungen und Laborausrüstungen für seine neun Werkstätten und 24 Labors zum Preis von 27,5 Mio. DM aus der Bundesrepublik. Deutsche Experten vermitteln dort erfolgreiche Methoden der in der Bundesrepublik angewandten Berufsausbildung. Bisher stießen die von dem Zentrum angebotenen Kurz- und Langzeitlehrgänge auf sehr große Resonanz.

Mit der Einrichtung eines technologischen Ausbildungszentrum in Beijing im Juni 1991 hat die Siemens AG ihr breit gefächertes Tätigkeitsfeld in China weiter ausgebaut. Die Siemens AG verfügt bereits über Vertretungen in Shanghai, Canton und dem nordöstlichen Dalian. In dem Beijing Technology Training Centre (BTTC), an dem die Stadt Beijing als Partner und Co-Investor beteiligt ist, sollen jährlich bis zu 700 chinesische Ingenieure in ein- bis zweiwöchigen Kursen geschult werden. Siemens investierte in das Joint Venture 50 Mio. DM.

### 4 Die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit

Am 9. Oktober 1978 wurde das Regierungsabkommen über wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der VR China abgeschlossen. Wie bei ähnlichen Grundlagenvereinbarungen wurden inzwischen mehrere Fachauschüsse gebildet, die einmal jährlich zur Festlegung der weiteren Arbeitsprogramme zusammentreffen. Neben dem Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) und dem Bundesministerium für Technische Zusammenarbeit (BMZ) haben noch die Ministerien für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Jugend, Familie und Gesundheit, Wirtschaft, Inneres und das Ministerium für Bildung und Wissenschaft Vereinbarungen mit chinesischen Institutionen abgeschlossen. Abgesehen von BMFT und BMZ betreiben die aufgeführten Ministerien mit den entsprechenden chinesischen Ministerien zumeist Kooperationsprojekte kleineren Ausmaßes. Hierzu zählt u.a. die Zusammenarbeit auf folgenden Gebieten: Gesundheitswesen, Eisenbahnwesen, Binnenschifffahrt, Geologie, Geodäsie, Kartographie und Berufsausbildung. Darüber hinaus bestehen eine Vielzahl von wissenschaftlich-technologischen Kooperationsprojekten zwischen bundesdeutschen Ländern/Städten und chinesischen Provinzen. Eine Vielzahl von Hochschulpartnerschaften kooperiert insbesondere auf den Gebieten der technischen und Ingenieurwissenschaften, Natur- und Betriebswissenschaften, sowie in der Sprachausbildung in Deutsch und Germanistik.

Schließlich bestehen noch Kontakte zwischen deutschen außeruniversitären Institutionen der Forschung und Einrichtungen der Forschungsförderung und entsprechenden chinesischen Institutionen; auf deutscher Seite u.a. die Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH), Carl-Duisberg-Gesellschaft (CDG), Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD), Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrttechnik (DFVRL), Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), Deutsche Stiftung für Internationale Entwicklung (DSE), Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Gesellschaft für

## CHINA aktuell

Strahlen- und Umweltforschung (GSF), Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung (GMD), Goethe-Institut, Hans-Seidel-Stiftung und die Max-Planck-Gesellschaft (MPG).

Das Kooperationspektrum ist so breit gefächert, daß kaum ein Forschungsbereich ausgeklammert ist, sei es die Paläontologie, Biotechnologie, Meeresforschung, Mikrogravitationsexperimente im All, Energietechnik, Computerwissenschaft, Umwelt- und Informationstechnologie oder die Erforschung von Rohstoffvorkommen.

Die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit erfolgt nicht nur auf Ebene von Forschungsinstitutionen und Hochschulen sondern vor allem auch zwischen Unternehmen beider Länder. Auf deutscher Seite sind z.B. Großunternehmen wie Siemens, MBB, AEG, Veba, die Saarbergwerke und die Kraftwerkunion zu nennen.

Die zentrale Bedeutung im Bereich der wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit liegt beim BMFT und die der entwicklungspolitischen beim BMZ, wobei sich häufig Überschneidungen ergeben.

## 4.1

## Zusammenarbeit im Bereich des Bundesforschungsministeriums

Das (BMFT) ist von der Bundesregierung mit der Gesamtkoordination der wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit mit China beauftragt worden. Der chinesische Kooperationspartner ist die Staatliche Kommission für Wissenschaft und Technik. In der sich regelmäßig treffenden Gemeinsamen Kommission für wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit sind Arbeitsgruppen für die Bereiche Energie, Geologie, Rohstoffe, Agrarforschung, Medizin und Gesundheitswesen gebildet worden. Der gemeinsamen Kommission obliegt die Entscheidung über die von deutschen und/oder chinesischen Antragstellern gestellten Anträge. Das Ministerium fördert bilaterale Projekte, die aufgrund von Vereinbarungen des Ministeriums mit chinesischen Institutionen zustandekommen, und Vorhaben aufgrund von Vereinbarungen zwischen deutschen und chinesischen Institutionen.

Schwerpunkte der Zusammenarbeit sind die Energieerzeugung (Kohlehäufung, Erdölförderung, alternative Energiequellen und Nukleartechnik), Erzgewinnung und-aufbereitung, Metallurgie, Luft- und Raumfahrt, industrielle Fertigungstechnik, Biotechnologie, Mikroelektronik, Informationstechnik und neue Roh- und Werkstoffe. Außerdem wird derzeit die gemeinsame Entwicklung und Fertigung eines gasgekühlten Hochtemperaturreaktors und eines Heizreaktors für die Fernwärmeversorgung diskutiert.

## 4.1.1

## Zusammenarbeit in der Weltraumforschung

Am 5. August 1988 startete eine chinesische Rakete vom Typ Langer Marsch II vom Stützpunkt Juigan in der Wüste Gobi ins Weltall. Nach acht Tagen landete am 13. August 1988 die Kapsel der Rakete wieder unbeschädigt in China. In der "Cosima" genannten Kapsel, die von der Hannoveraner Vermarktungsfirma Intospace gemeinsam mit dem Bundesforschungsministerium und der deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR) betrieben wird, befanden sich verschiedene Materialien des Raumfahrtunternehmens MBB/Erno für Wachstumsversuche von Protein-Kristallen. Insgesamt wurden 104 Experimente durchgeführt, die neue Wege zur Produktion von Interferon, einem Krebsmittel, und anderen Medikamenten aufweisen sollten. Angaben von Peter Vits zufolge, einem Direktor von MBB, betrug die Kosten für den Transport der Kapsel 700.000 DM, welche weit unter dem Angebot konkurrierender Unternehmen lag.

## 5

## Entwicklungszusammenarbeit

Das BMZ hat nach der Anerkennung Chinas als Entwicklungsland im Dezember 1979 durch das Development Assistance Committee (DAC) der OECD die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit mit der VR China im Jahr 1980 aufgenommen. Am 12. April 1983 wurde ein Rahmenabkommen über technische Zusammenarbeit abgeschlossen, in dem die Einrichtung einer Gemischten Kommission festgelegt wurde. Mit dem 1985 vereinbarten

Abkommen über finanzielle Zusammenarbeit waren die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und China in eine neue Phase eingetreten.

China rückte neben Indien schnell zu einem der Spitzenreiter der Empfängerländer bundesdeutscher Entwicklungshilfe auf. Von 1985 bis 1988 stellte die Bundesregierung insgesamt 440 Mio.DM für 8 Kapitalhilfeprojekte bereit. Die Zusagen an technischer Hilfe erreichten von 1980 - 1988 290,29 Mio.DM für 106 Projekte der technischen Hilfe. 1989 war die umfangreiche Entwicklungshilfeszusammenarbeit in Reaktion auf die brutale Niederwerfung der friedlichen Bürgerproteste in China kurz vor der Unterschrift eines Regierungsabkommens von Bonn eingestellt worden.

Dem Abbruch der Beziehungen zu China wurde im Oktober 1990 mit der Wiederaufnahme der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit offiziell ein Ende gesetzt. CDU/CSU und FDP sahen Ende Oktober 1990 in einem gemeinsamen Antrag im Bundestag "Voraussetzungen, um durch eine begrenzte und gezielte Ausweitung der gegenwärtigen deutsch-chinesischen Zusammenarbeit auch auf eine Verbesserung der Menschenrechtssituation in der Volksrepublik China und zur Unterstützung politischer Reformbestrebungen hinzuwirken". Mit der Aufhebung der Boykottbeschlüsse gegen die VR China vom 15. und 23. Juni 1989 sollten neue Hilfsleistungen zugesagt werden können, "soweit sie unmittelbar der Bevölkerung beziehungsweise dem Schutz und der Erhaltung der Umwelt dienen sowie zur Reform der chinesischen Wirtschaft beitragen." Damit sind auch wieder Kredite gesichert, wie beispielsweise 460 Mio.DM für den Bau der U-Bahn in Shanghai sowie 120 Mio.DM für die Daimler-Benz Lastwagenproduktion in der Inneren Mongolei.

Bereits im Dezember 1990 stellte das BMZ, wie bereits erwähnt, China wieder umfangreiche Entwicklungshilfe zur Verfügung. Die letzten Regierungsverhandlungen über die Vergabe von Entwicklungshilfe an China fanden vom 23.-25. September 1991 in Bonn statt. Die Ergebnisse waren zum Reaktionschluß noch nicht verfügbar.

Nach Informationen der Zeitschrift "entwicklungspolitische Informationen (epi)" könnten im nächsten Jahr über-

haupt keine Ergebnisse erzielt werden: Entwicklungshilfeminister Spranger erwägt, die Entwicklungsgelder an bestimmte Länder 1992 zu streichen oder zu kürzen. Neben Indien, Pakistan und Vietnam zählt auch die VR China dazu. Als Gründe für die eventuelle Aussetzung der Entwicklungshilfe an China werden genannt: das Festhalten der chinesischen Führung am Einparteiensystem, ungebrochene Dominanz planwirtschaftlicher Elemente trotz Reformen, Steigerung der Militärausgaben sowie Menschenrechtsprobleme. Ob diese Aussicht auf einen Sinneswandel im BMZ schließen läßt, sei dahingestellt: Spranger muß auf jeden Fall sparen, wenn die Haushaltsdebatten nicht zu einer Aufstockung der Entwicklungshilfeleistungen führen. Bisher sind für 1992 nur 2,8 Mrd.DM Finanzielle Hilfe und 1,15 Mrd.DM Technische Entwicklungshilfegelder genehmigt worden; eine drastische Kürzung im Verhältnis zu 1991.<sup>21</sup>

### 5.1 Wichtige Projekte der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit

Mehr als ein Eindruck über die vielfältigen Formen der finanziellen und technischen Zusammenarbeit kann hier aus Platzgründen nicht geleistet werden.

#### Finanzielle Zusammenarbeit:

Seit den Regierungsverhandlungen 1989 wurden Darlehns- und Finanzierungsverträge für folgende Vorhaben unterzeichnet:

Metro Shanghai; Studien- und Fachkräftefonds III; Koksgasreinigung Beijing; Fertigung von schweren Lastkraftwagen; China Investment Bank I; Wiederaufbauhilfe Qinghai; Kohlekraftwerk Yang Liu Qing; Reifenfertigung Guiyang; Spanplattenanlage Suihua u.a.

Die im Rahmen der Finanziellen Zusammenarbeit im Dezember 1990 von der Bundesrepublik zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 220 Mio.DM wurden für folgende Projekte vergeben:

- 1.) Wiederaufbauhilfe Qinghai (Materialhilfe für Erdbebenschäden) 5 Mio.DM
- 2.) Textilfabriken Anhui (Modernisierung der Textil- und Garnproduktion) 50 Mio.DM

- 3.) Müllentsorgung Beijing (Errichtung einer Mülldeponie, einer Müllumladestation und von zwei Kompostieranlagen) 36 Mio.DM
- 4.) Aufforstung (insgesamt 46.000 ha in der Autonomen Region Xinjiang und der Provinz Shaanxi) 24 Mio.DM
- 5.) Rehabilitierung thermischer Kraftwerke I (Programm zur Schadstoffverringern und Verbesserung der Energieausnutzung) 105 Mio.DM

#### Technische Zusammenarbeit:

Laufende Projekte: Lederfabrik Lhasa; Mehrzweckgebäude zur Deckung des Raumbedarfs verschiedener deutsch-chinesischer Kooperationsprojekte; SIMTC (Vermittlung von Managementwissen); Shanghai; Feuerungstechnik für konventionelle thermische Kraftwerke; Textilfabrik Nanjing; Ausbildungszentrum für Mikrographie, Beijing; Aus- und Fortbildungszentrum Tianjin; Übersetzer- und Dolmetscherzentrum (ÜDZ) Beijing; Werkzeug- und Formenbau Chengdu; Schnellwachsende Hölzer; Arbeitsgesetzbuch/ Information Arbeitsministerium; Katasterwesen; Zentrum für Schadensanalyse von Maschinenbauteilen; Orthopädiefachschule Wuhan; Krankenhaus Beijing; Schulbuchdruckerei Hefei; Aufbau eines Normeninformationszentrums; Seideninstitut Hangzhou; Ausbildungszentrum für Schweißtechnik Harbin; Hafenverwaltung Shanghai u.a..

Die im Rahmen der Technischen Zusammenarbeit im Dezember 1990 zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 73 Mio.DM wurden u.a auf einige der oben genannten Projekte verteilt.

#### 5.1.2

#### **Ausgewählte Beispiele technischer und finanzieller Zusammenarbeit**

In enger Zusammenarbeit mit dem Deutschen Patentamt (DPA), München, hat die VR China binnen zehn Jahren ein Patentwesen entwickelt, das in Fachkreisen, so DPA-Präsident Dr. Erich Häubler, als das chinesische Patentwunder gehandelt wird. Nach Meinung von Experten lasse sich damit heute schon besser arbeiten, als mit anderen Rechtsschutzorganisationen in Ostasien. Das gelte sowohl für die

Anmeldung, Prüfung und Gewährung von Patenten, als auch für die Durchsetzung der Schutzrechte.

Das Patentamt der VR China (CPA) wurde 1978 als Teil der Modernisierungspolitik zur Förderung von Innovationen im Lande und des Technologietransfers aus dem Ausland konzipiert, so der Präsident des CPA, Gao Luin, vor einer Delegation des DPA und CPA in München. Das Amt hat gegenwärtig 1300 Mitarbeiter, davon über die Hälfte Hochschulabsolventen. In der Volksrepublik wurden bisher 30.000 Patentfachkräfte ausgebildet, einige davon in München. Ein Patentgesetz existiert erst seit 1985.

Die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), die im Auftrag des BMZ für Planung, Durchführung und Überwachung von Entwicklungsprojekten verantwortlich ist, unterstützt die VR China in dem für ihre Inlands- und Exportproduktion wichtigen Bereich des Meß-, Normen und Prüfens sowie der Qualitätssicherung. Ein umfassendes Netz von Qualitätssicherungseinrichtungen ist in der VR China bislang nur wenig entwickelt. Eines von mehreren Projekten, die die GTZ unterstützt, ist der "Aufbau eines Zentrums für Schadenanalyse von Maschinenbauteilen".

Im Juni 1991 ist ein chinesisches Prüf- und Untersuchungszentrum für Dampfkessel und Druckbehälter fertiggestellt worden. Mit der Durchführung des 1986 zwischen der Bundesrepublik und der VR China vereinbarten Projektes ist das chinesische Prüf- und Untersuchungszentrum für Dampfkessel und Druckbehälter beim Arbeitsministerium (CBPVI) und der deutsche Technische Überwachungsverein (TÜV) beauftragt. Die Bundesregierung hat insgesamt 4,6 Mio.DM für das Projekt an Entwicklungshilfe zur Verfügung gestellt. Durch die bilaterale Kooperation, die auch die Ausbildung chinesischer Ingenieure umfaßt, ist das technische Niveau von CBPVI zufriedenstellend gesteigert worden. Inzwischen ist es ein in China amtlich anerkanntes Zentrum zur Prüfung von lokalen Dampfkesseln und Druckbehältern, und solchen, die für den Import oder Export bestimmt sind. Als nächstes Kooperationsprojekt ist die Einrichtung eines Labors zur Prüfung und Untersuchung für Rohrleitungssysteme beim CBPVI geplant.

### 5.1.3

#### Weitere Hilfeleistungen der Bundesrepublik

Zur Unterstützung der Opfer und zur Beseitigung der 1987 durch einen verheerenden Waldbrand in der Region des Großen Xing'an-Gebirges verursachten Schäden spendete die Bundesregierung insgesamt 30 Mio.DM.

Im Mai 1988 unterstützte die Bundesrepublik die von einer schweren Dürreperiode heimgesuchte Provinz Shandong mit Getreidelieferungen.

Für die Erweiterung des Ernährungssicherungsprogramms (ESP) San Yi/ Provinz Shandong auf die Kreise Pingyi, Feixian und Mengyin sowie den Kreis Zouixan, und zur Erstellung einer Wasserbilanz in dem Projektgebiet hat die Bundesregierung 1990 zusätzliche Mittel in Höhe von 16,4 Mio.DM für deutsche Personal- und Sachleistungen sowie 26.000 t Getreide im Wert von ca. 7,8 Mio.DM als Nahrungsmittelhilfe für die Laufzeit des Projekts bis 1995 zugesagt. 1990 umfaßte die Nahrungsmittelhilfe der Bundesregierung für das angegebene Projekt 30.000 t Weizen.

## 6

### Kulturelle Zusammenarbeit

Die kulturelle Zusammenarbeit erfolgt auf der Basis des von beiden Regierungen am 24.Oktober 1979 unterzeichneten Kulturabkommen. Das Abkommen hat eine Gültigkeitsdauer von fünf Jahren und wird automatisch um jeweils weitere fünf Jahre verlängert, wenn nicht rechtzeitig eine Kündigung von einem der beiden Vertragspartner erfolgt. Auf der Grundlage dieses Abkommens werden die jeweilig zweijährigen Kulturaustauschprogramme vereinbart.

Die Durchführung des Programms wird auf deutscher Seite vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD), Goethe-Institut, Zentralstelle für Auslandsschulwesen und Pädagogischen Austauschdienst geleistet. Auf chinesischer Seite ist für die Realisierung des Kulturprogramms die Staatliche Kommission für das Erziehungswesen zuständig. In dem Kulturaustauschprogramm wird die Zahl der von beiden Partnern vergebenen Jah-

resstipendien, Kurzstipendien, Studienaufenthalte, Lang- und Kurzzeitdozenten deutscher Hochschullehrer, die Zahl der Studien- und Forschungsaufenthalte deutscher Selbstzahler sowie die Förderung der Medizinischen Hochschule Wuhan und der international angesehenen Tongji-Universität Shanghai festgelegt.<sup>22</sup> Außerdem werden geregelt: Zusammenarbeit im Rahmen der Hochschulpartnerschaften,<sup>23</sup> Zusammenarbeit mit den Stiftungen der Parteien, mit der Max-Planck-Gesellschaft (MPG), Stipendien der Alexander-von-Humboldt-Stiftung, Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung (federführend ist auf deutscher Seite die Carl-Duisburg-Gesellschaft) und die Fortbildung chinesischer Deutschlehrer. Darüberhinaus wird in diesem Rahmen über Zusammenarbeit und Austausch in Kunst, Musik, Literatur, Theater- und Musikgastspiele, Film, Rundfunk, Fernsehen, Sozialwissenschaft, Jugend und Sport verhandelt.

### 6.1

#### Goethe-Institut in Beijing

Am 1. November 1988 wurde in Anwesenheit von Außenminister Genscher die erste chinesische Zweigstelle des Goethe-Instituts eröffnet. Das Goethe-Institut in Beijing ist das erste westliche Kulturinstitut in der VR China überhaupt.

Der Plan für dieses Vorhaben war im Grundsatz schon in dem Kulturabkommen zwischen China und der Bundesrepublik vom 24.10.1979 enthalten und wurde dann anlässlich Genschers Besuch im Oktober 1985 beschlossen. Im Gegensatz zu anderen Goethe-Instituten im Ausland, deren Tätigkeit in erster Linie den Kulturaustausch betrifft, konzentriert sich das von dem Sinologen Michael Kahn-Ackermann in Beijing geleitete Institut vornehmlich auf die Vermittlung der deutschen Sprache und Landeskunde sowie die Aus- und Fortbildung von Deutschlehrern. Einzigartig an diesem Goethe-Institut ist auch, daß der deutsche Direktor von einem chinesischen Vizedirektor, Chen Hangzhu, sowie einem Institutsrat mit je drei deutschen und chinesischen Vertretern beraten wird. Dieser Institutsrat ist die oberste Entscheidungsinstanz der des Goethe-Instituts in Beijing.

### 6.2

#### Die Germanistik in China

Die Anfänge der Germanistik in China gehen auf den Beginn des 20. Jahrhunderts zurück. Sie wurde zu dieser Zeit besonders von dem Pädagogen und Demokraten Cai Yuanpei (1868-1940) gefördert, der als damaliger Rektor der Beijing-Universität 1922 Deutsch neben Englisch, Französisch und Russisch als eigenständige Disziplin einrichtete. 1907 hatte der deutsche Arzt Dr. Erich Paolun (1862-1907) in Shanghai die deutsche Medizinschule für Chinesen, an der Deutsch als Hauptunterrichtssprache gelehrt wurde, gegründet. Diese Schule war die Vorläuferorganisation der späteren Tongji-Universität, aus der bekannte Literaturwissenschaftler und Übersetzer hervorgingen.

Die erste Blütezeit erfuhr die Germanistik in China in den Wirren der 20er und 30er Jahren, als mit dem Aufschrei vieler Künstler und Dichter nach Demokratie die expressionistischen Werke von Käthe Kollwitz und Franz Masereel Einzug in die chinesische Literaturlandschaft hielten. Im Anschluß an den zweiten Weltkrieg sank das Interesse an der deutschen Sprache und Literatur beinahe zur Bedeutungslosigkeit herab, und erst nach der Gründung der Volksrepublik China am 1.Oktober 1949 führte die Fremdsprachenhochschule Beijing als erste die deutsche Sprache wieder als Hauptfach ein. Es folgten weitere Einrichtungen von Deutschabteilungen an chinesischen Hochschulen mit einem berufsbildungsbezogenen Ausbildungsschwerpunkt auf Dolmetscher und Übersetzer.

Ihre zweite Blütezeit erlebte die Germanistik in den 50er Jahren, besonders Literaturübersetzungen erfreuten sich einer zunehmenden Beliebtheit. Während der zehn Jahre der Kulturrevolution fristete die Germanistik ein Untergrunddasein und wurde erst zögerlich nach dem Sturz der "Vierbande" 1976 wieder aufgenommen. Die Politik der "vier Modernisierungen" verlieh ihr schließlich den entscheidenden Durchbruch.

Zur Zeit wird an 20 chinesischen Universitäten Deutsch als Hauptfach gelehrt und wissenschaftliche Germanistikforschung betrieben. Inzwischen rangiert Deutsch als Fremdsprache in

der Beliebtheit an zweiter oder dritter Stelle nach Englisch. 1982 wurde der chinesische Germanistenverband (CGV) als ein landesweiter Zusammenschluß von Deutschlehrkräften und Germanisten gegründet. Neben Hochschulen erstreckt sich die Mitgliedschaft nun auch auf Sprachzentren mit Intensivkursen zur Vorbereitung von Wissenschaftlern und Technikern auf Studienaufenthalte in Deutschland. Ein Jahr später wurde die Gesellschaft für Erforschung deutschsprachiger Literatur gegründet und Prof. Feng Zhi zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Seitdem haben beide Organisationen, gemeinsam oder getrennt, eine Reihe von Vortragsveranstaltungen und Symposien abgehalten. Das Germanistentreffen 1986 in Beijing, an dem u.a. 15 namhafte Professoren aus der Bundesrepublik teilnahmen, bildete einen der Höhepunkte.

Zwecks sinnvoller Ergänzung zur Forschung deutscher Germanisten konzentriert die chinesische Germanistik in jüngster Zeit ihre Aktivitäten auf die Erforschung didaktischer und methodischer Fragen, Intensivierung der Übersetzungstätigkeit, Vermittlung von wissenschaftlichen Theorien, vergleichende Untersuchung der chinesischen und deutschen Sprache und Literatur und auf landeskundliche Studien.

Germanistikstudenten in China werden in den ersten vier Semestern vorwiegend die Grundkenntnisse der deutschen Sprache vermittelt. Das eigentliche Germanistikstudium beginnt in der Regel erst mit dem 5. Semester. In der Beijinger 1. Fremdsprachenhochschule gibt es folgende obligatorische Fächer: Einführung in die allgemeine Sprachwissenschaft, die chinesische Sprache, deutsche Sprache in der Gegenwart, Einführung in die deutsche Literatur, ausgewählte literarische Werke, deutsche Geschichte, Landeskunde der deutschsprachigen Länder, Weltgeschichte, Philosophie und Englisch als zweite Fremdsprache. Die Abschlußarbeit muß auf Deutsch verfaßt werden. Erfolgreiche Absolventen gelten als Fachleute für deutsche Übersetzung und können in den sozial- und naturwissenschaftlichen Bereichen als Dolmetscher oder Deutschlehrer eingesetzt werden. Daneben besteht die Möglichkeit, nach Bestehen einer schwierigen Zulassungsprüfung, ein Postgraduiertenstudium aufzunehmen.

### 6.3 Zusammenarbeit in verschiedenen Disziplinen

#### 6.3.1 Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sprachförderung

Seit März 1980 sendet Radio Shanghai einen Kurs in deutscher Sprache. Das Angebot des Senders stieß bei der Bevölkerung auf reges Interesse. Die rund zehntausend Exemplare des von der deutschen Fakultät der Fremdsprachenhochschule in Shanghai speziell für diesen Kurs ausgearbeiteten Lehrbuchs waren innerhalb zwei Tagen vergriffen.

Radio Shanghai überträgt den Kurs viermal täglich, jedes Mal 30 Minuten. Der Kurs dauert zwei Jahre, in denen die Grundlagen der deutschen Grammatik und etwa zweitausend deutsche Wörter gelehrt werden.

Zur weiteren Verbreitung der deutschen Sprache hat schließlich ein TV-Sprachkurs beigetragen. Am 9. Oktober 1987 hat im neu erbauten Fernsehzentrum des Chinesischen Zentralen Fernsehens (CCTV) die Übergabe eines von der BRD gelieferten, mit modernster Technik ausgestatteten Fernsehstudios für deutsche Fernsprachkurse stattgefunden. Die Idee zu diesem ungewöhnlichen Projekt ging von Bundeskanzler Kohl während dessen Besuch in der VR China 1984 aus. Im Auftrag von CCTV hat der Fachbereich Germanistik an der Fremdsprachenhochschule Beijing in Zusammenarbeit mit Inter Nations eine chinesische Fassung aus dem von der Bundesrepublik gelieferten TV-Sprachprogramm "Alles Gute" zusammengestellt. Die Auflage von 50.000 Exemplaren des gleichnamigen Begleitbuchs waren noch vor Beginn der Sendung ausverkauft. An den von November 1989 an ausgestrahlten ersten 26 Folgen nahmen schätzungsweise mehrere Tausend Chinesen aus verschiedenen Provinzen teil. Eine Vielzahl von bei CCTV eingegangenen Leserbriefen belegte die Attraktivität des TV-Sprachprogramms, das nicht nur mit modernen sprachdidaktischen Methoden landeskundliche Informationen und Grundkenntnisse der deutschen Sprache vermittelt, sondern auch ein großes Interesse an Deutsch und der Bundesrepublik geweckt hat.

### 6.3.2 Rechtswesen

Bei der Weiterentwicklung ihres Rechtssystems zeigt die VR China zunehmendes Interesse an der deutschen Justiz. Eine Vereinbarung zur Erweiterung der rechtspolitischen Zusammenarbeit haben der damalige Justizminister Hans Engelhard und sein chinesischer Amtskollege im November 87 in Peking unterzeichnet. Das Abkommen regelt u.a. den gegenseitigen Austausch von Rechtswissenschaftlern. Ferner wurde der Austausch wichtiger Gerichtsurteile in Aussicht gestellt.

### 6.3.3 Kunst

#### 6.3.3.1 Größere Veranstaltungen und Ausstellungen

Vom 16. September bis 12. November 1988 wurden in Hamburg die "China Wochen" veranstaltet. Die Beiträge zum Programm der China-Wochen wurden durch die Vorbereitungsgruppe der Überseechinesen und die Galerie Art East/Art West in Zusammenarbeit mit der Kulturbehörde Hamburg organisiert.

Während des einwöchigen Kulturprogramms wurden u.a. verschiedene Stilrichtungen chinesischer Malerei, chinesisches und buddhistisches Kunsthandwerk sowie Spiel- und Dokumentarfilme gezeigt. Außerdem fanden mehrere Konzerte von Solisten und Orchestern statt, es traten verschiedene Tanz- und Folklore-Ensembles auf, Literaturlesungen wurden gehalten und deutsch-chinesische Autorentreffen und andere Workshops wurden durchgeführt.

Im Rahmen des Kulturaustausches 88/89 fand im Januar 1989 eine Ausstellung mit Graphik der 60er Jahre aus der Bundesrepublik statt, auf der 98 repräsentative Werke von 15 bekannten deutschen Grafikern gezeigt wurden.

Vom 12. August bis zum 11. November 1990 präsentierte die Rheinisch-Westfälische Auslandsgesellschaft (RWAG e.V.) in Zusammenarbeit mit der Auslandsgesellschaft für archäologische Ausstellungen der Provinz Shaanxi, Xi'an, das Ausstellungs-Ereignis "Jen-

seits der Großen Mauer - Der erste Kaiser von China und seine Terrakotta-Armee" im Dortmunder Museum am Ostwall. Gezeigt wurden 90 Exponate der weltberühmten, von der UNESCO in die Liste der zu schützenden Kulturgüter der Menschheit aufgenommenen Terrakotta-Armee. Gleichzeitig fanden zwei die Zentralausstellung inhaltlich ergänzende Sonderausstellungen statt. Die Ausstellung "Die Große Mauer Chinas. Photographien von Daniel Schwarz" zeigte exzellente Schwarz-Weiß-Photographien über die ältesten Teile der Mauer des "Ersten Kaisers" und Einzelbauwerke der gesamten Großen Mauer. In der anderen Ergänzungsausstellung "900 Jahre Stelenwald. Chinesische Kalligraphie" wurden rund zwei Dutzend Steinabreibungen der schrift-künstlerisch und kulturhistorisch bedeutendsten Texte aus dem Stelenwald dem interessierten Publikum dargeboten. Mehr als tausend Steinstelten, in denen klassische Texte, verbindliche Schriftformen und Texte von politischer und religiöser Bedeutung eingraviert sind, bilden den Wald von Stelen. Der "Erste Kaiser" hatte mit der Vereinheitlichung der Schrift die Grundlage der kulturellen Einheit Chinas geschaffen.

Im luxuriösen Palasthotel in Beijing fand im November 1990 ein siebentägiges Festival mit dem Titel "Peking-Berlin" statt. Es wurden eine Reihe kultureller Aktivitäten geboten, darunter eine Ausstellung von Porzellan aus drei Jahrhunderten, hergestellt von der Königlichen Porzellanmanufaktur Berlin, und eine Ausstellung von Photos der Metropole Berlin von Manfred Mann und Günther Schneider.

### 6.3.3.2

#### Musik, Theater, Ballett, Malerei

Im Rahmen des "1. chinesischen Kunstfestivals" gastierte im September 1987 das Stuttgarter Ballett in Beijing, wo sie mit großem Publikumserfolg die von dem verstorbenen Ballettgründer John Cranko bearbeitete Shakespeare-Komödie "Die Widerspenstige Zähmung" aufführte.

Bereits einen Monat später begab sich das Orchester der Ludwigsburger Festspiele auf große China-Tournee. Das hundertköpfige Ensemble aus Baden-Württemberg gastierte in Beijing,

Schenjang und Shanghai, wo sie vor stets ausverkauften Häusern Konzerte mit Stücken von Haydn und Mozart präsentierten. 600.000 DM haben sich Land, Bund und Daimler-Benz, frei nach dem Motto - Kultur als Schmiermittel wirtschaftlicher Beziehungen - die Tournee kosten lassen. Die Zuschauer auf jeden Fall waren begeistert.

Der chinesische Maler Li Geng führte im Sommersemester 1987 38 Designstudenten der Fachhochschule Münster in die chinesische Tuschkmalerei ein. Im Anschluß an seine Tätigkeit wurden seine Werke im Westfälischen Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte ausgestellt. Li Geng zählt im Bereich der zeitgenössischen Tuschkmalerei zu den herausragendsten Repräsentanten der jüngeren Generation von chinesischen Malern. Seine Verbindung von traditioneller chinesischer Malerei mit modernen, westlichen Stilelementen zieht die Aufmerksamkeit des Publikums und der Fachkreise an.

Die Kölner Rockband BAP tourte als erste deutsche Rockgruppe im Oktober 1987 in der VR China. Sie traten mit beachtlichem Erfolg in Beijing, Shanghai und Guangzhou auf.

Im Rahmen des Kulturabkommens wurde am 12.11.1988 in der Beijinger Kunstgalerie eine bundesdeutsche Ausstellung mit dem Titel "Städte zum Leben" eröffnet. Die Bilder wurden anschließend noch in Guiyang (Provinz Guizhou) und in Zhengzhou (Provinz Henan) gezeigt.

### 6.3.3.3

#### Film

Im Beijing fand im November 1987 zur Förderung der wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit eine Filmwoche der Bundesrepublik Deutschland für Wissenschaft und Technik statt.

Bei den 38. Internationalen Filmfestspielen in Berlin im Februar 1988 wurde zum erstenmal ein Spielfilm aus der VR China mit dem "Goldenen Bär" ausgezeichnet. Den Preis erhielt der Film "Rotes Kornfeld" (Hong Gao-liang, eigentlich "Rote Hirse") des Regisseurs Zhang Yimou. Der Film zeigt den grausamen Einbruch japanischer

Soldaten in die bäuerliche Lebenswelt Chinas während des chinesisch-japanischen Krieges.

Bereits ein Jahr später wurde wiederum ein chinesischer Spielfilm auf den Berliner Filmfestspielen ausgezeichnet. 1989 erhielt der chinesische Regisseur Wu Ziniu den "Silbernen Bären" für seinen Antikriegsfilm "Das letzte Leuten der Glocke". Der Film spielt im Jahr 1945, kurz nach dem Ende des Widerstandskrieges gegen die japanischen Invasoren in China.

Am 29. November 1988 wurde im Rahmen des deutsch-chinesischen Kulturabkommens in Beijing die zweite deutsche Filmwoche eröffnet. Es wurden insgesamt sieben Filme gezeigt, darunter "Die Ehe der Maria Braun" von Rainer Werner Fassbinder und die erfolgreiche Filmkomödie "Männer" von Doris Dörrie.

Der Westdeutsche Rundfunk hat gemeinsam mit dem chinesischen Sender CCTV in Beijing die TV-Show "Eine Nacht in Beijing und Bonn" produziert. Die Stars der Show, die am 1. August 1987 in der Bundesrepublik ausgestrahlt worden war, waren die chinesische Sängerin Cheng Fangyuan und der Österreicher Udo Jürgens.

### 4.4

#### Ein chinesischer Garten in Frankfurt am Main

Im Januar 1989 war im Magistratssitzungssaal des Römer zu Frankfurt der Vertrag über den Bau eines chinesischen Gartens zwischen der Stadt Frankfurt und der Landscape Architecture Company of China State Construction Engineering Corporation Peking unterzeichnet worden. Der in den Bethmannpark, einem Pflanzenschau-garten, auf einer Fläche von 4.000 qm integrierte chinesische Garten ist der dritte in der Bundesrepublik nach München 1983 und Duisburg 1988 entstandene chinesische Garten. Seine dezente, harmonische und materialbetonte bauliche Gestaltung hat die Gärten der Provinz Anhui zum Vorbild.

### 6.4

#### Hochschulen

##### 6.4.1

#### Einrichtung neuer Ostasien-Studien

Auch die Hochschulen begegnen allmählich der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Herausforde-

zung der Ostasiatischen-Pazifischen Region mit der Einrichtung interdisziplinär angelegter "Ostasiestudien".

Im Wintersemester 1990/91 ist an der Universität Köln der Diplomstudiengang "Regionalwissenschaften/China" eingerichtet worden. Das Studium ist praxisnah und interdisziplinär ausgerichtet. Erstmals werden Theorien und Methoden der Volkswirtschaftslehre, der Politologie und der Rechtswissenschaften gleichrangig neben Sprachausbildung, Landes- und Gesellschaftskunde, Geschichte, Philosophie und Literatur in dem achtsemestrigen Studium berücksichtigt.

Die Gesamthochschule Duisburg bietet ab Herbst 1991 den Diplomstudiengang "Ostasiwissenschaften" mit dem Schwerpunkt Japan an. Außerdem erhalten Studenten des Diplomstudiengangs Wirtschaftswissenschaften die Möglichkeit, im Hauptstudium die Länderschwerpunkte Ostasiwirtschaft/China oder Ostasiwirtschaft/Japan zu wählen. Die Studien sollen gegenwartsbezogene wirtschafts-, sozialwissenschaftliche und geographische Kenntnisse über den ostasiatisch-pazifischen Raum in Verbindung mit soliden Sprachkenntnissen vermitteln.

In Düsseldorf ist im Juli dieses Jahres die Vorbereitungsphase für die Errichtung eines Ostasien-Instituts abgeschlossen worden. Das Institut wird vorwiegend aus den Mitteln der Wirtschaft finanziert. Ab Wintersemester 1991 besteht dort die Möglichkeit, ein auf fünf Semester (inklusive des Prüfungssemesters) angelegtes Zusatzstudium aufzunehmen. Es können die ebenfalls interdisziplinär ausgerichteten Studiengänge "Modernes China" und "Modernes Japan" gewählt werden.

#### 6.4.2

##### Studentenaustausch

Seit 1988 entsendet die bei Wiesbaden gelegene "European Business School (EBS)" jährlich mehrere Studentinnen und Studenten zu einem sechsmonatigen Studium an die Tongji-Universität in Shanghai. Sie werden dort am Institut für Wirtschaftsverwaltung in chinesischer Sprache und Wirtschaft ausgebildet. Außerdem verrichten sie dreimonatige Praktika in chinesisch-

bundesdeutschen Joint Ventures. Im Gegenzug studieren seit 1989 Studenten und Assistenten des Instituts für Wirtschaftsverwaltung der Tongji-Universität für jeweils ein Jahr an der EBS. Die EBS ist eine Privatschule für Wirtschaftsfachkräfte, die vorwiegend von Großbetrieben wie Siemens finanziert wird.

#### 6.5

##### Ehrungen von Persönlichkeiten des kulturellen Leben

Im Auftrag von Bundespräsident Richard von Weizsäcker überreichte 1987 der deutscher Botschafer in China, Dr. Hellbeck, am 15. Dezember 1987 in Beijing Prof. Feng Zhi das Bundesverdienstkreuz. Der 82 jährige Dichter, Übersetzer und Nestor der Germanistik, ist der sechste Chinese, der mit dieser Auszeichnung geehrt wurde. Prof. Feng hatte bereits in den 30er Jahren an den Universitäten in Heidelberg und Berlin studiert und promoviert. Der mehrfache Preisträger zählt als Vizepräsident des Chinesischen Schriftstellerverbandes, Mitglied des Hauptausschusses der Chinesischen Akademie der Wissenschaften und Ehrendirektor des Forschungsinstituts für ausländische Literatur an der Akademie der Gesellschaftswissenschaften als einer der ehrwürdigsten Repräsentanten des geistigen Lebens in der VR China. Bereits wenige Monate später wurde Feng Zhi in der Bundesrepublik eine zweite Ehrung zuteil. Die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung verlieh Feng Zhi als erstem Chinesen den mit 15000 DM dotierten Friedrich-Gundolf-Preis.

#### 6.6

##### Unterstützung in der Erhaltung von Kulturgütern

Zur Restaurierung der Großen Mauer übergab im November 1987 die Henkel KGaA in der Großen Volkskongreßhalle in Beijing eine Geldspende von 300.000 DM und eine Sachspende im Wert von 200.000 DM.

#### 6.7

##### Bedeutende Gesellschaften im kulturellen Bereich

Am 7. September 1987 feierte die Deutsche China-Gesellschaft in Köln ihr dreißig-jähriges Bestehen. Die

Deutsche China-Gesellschaft war am 7. September 1957 in Hamburg von namhaften Vertretern aus Politik und Wirtschaft gegründet worden. Ihr Hauptanliegen war, die Herstellung diplomatischer Beziehungen mit der VR China zu fördern.

Den Vorsitz führt seit Februar 1978 Dr. Hilda Zensen-Grahner. Sie löste den jetzigen Ehrenvorsitzenden Dr. Hermann Reinbothe ab, der in seiner 15jährigen Tätigkeit die Monatszeitschrift der Deutschen China-Gesellschaft zu einem fundierten Presseorgan für den kulturellen Austausch mit der VR China entwickelt hat.

Neben der monatlichen Abhaltung wissenschaftlicher Vorträge, die in erster Linie ein Forum für wissenschaftliche Nachwuchskräfte bilden soll, sind längerfristige wissenschaftliche Forschungsvorhaben konzipiert worden. Hierzu zählen u.a. die Erforschung der Verbindungen Kölns zu China seit dem 13. Jahrhundert und der Kulturaustausch zwischen dem Westen und China, hier vor allem Studien über den Jesuitenmissionar Johann Adam Schall von Bell, der den chinesischen Kalender reformierte und Berater des Kaiser von China wurde. Außerdem ist die Gesellschaft auch für Städtepartnerschaften mit dem Ausland zuständig.

Als weitere Organisation ist die 1973 gegründete Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft (GDCF) zu nennen. Innerhalb von zehn Jahren hatte sich ihre Mitgliedszahl auf 2.000 verdoppelt. Sie umfaßt zur Zeit 33 Ortsvereine.

Die blutige Niederschlagung der Protestbewegung im Juni 1989 hatte sowohl im Gesamtverband als auch in den Ortsvereinen eine Diskussion um das Selbstverständnis des Vereins und um die Perspektive der weiteren Zusammenarbeit ausgelöst. Eine Ende Juni 1989 tagende Delegiertenversammlung hatte zunächst das Einfrieren aller offiziellen Kontakte zur VR China beschlossen. Seither hat die GDCF den Schwerpunkt ihrer Arbeit auf eine kritische Auseinandersetzung mit China und seiner Entwicklung, stärkere Verbreitung von Hintergründen und Sachanalysen sowie Tätigkeiten im humanitären Bereich verlagert, und ist bemüht um die Herstellung entsprechender Kontakte nach China.

Außerdem wird jährlich eine Vielzahl von Veranstaltungen zur Verbesserung der gegenseitigen Verständigung zwischen Deutschen und Chinesen durchgeführt.

Die Bundesgeschäftsstelle in Frankfurt wurde Ende September 1990 aufgelöst. Ansprechpartner auf Bundesebene ist seitdem der Ortsverband in Berlin.

1987 wurde innerhalb der 1946 gegründeten Rheinisch-Westfälischen Auslandsgesellschaft (RWAG) eine Deutsch-Chinesische Gesellschaft ins Leben gerufen. Die in Dortmund ansässige Organisation sieht ihre Aufgaben in der Betreuung chinesischer Besucher, in der Organisation von Reisen nach China und in der Weiterentwicklung der existierenden Freundschaftsbeziehungen.

In Beijing wurde im Januar 1988 ein deutsch-chinesischer Akademieverein gegründet, der auch als deutschsprachige Sektion der "Western Returned Students Association" fungiert. Die Hauptaufgabe des Vereins ist die Kontaktpflege der in Deutschland aus- und weitergebildeten chinesischen Wissenschaftler und Fachleute. Der Verein unter Leitung des Vorstandsvorsitzenden Professor Wang Yunfeng, Träger des Bundesverdienstkreuzes, hat mehrere tausend Mitglieder.

1989 gründeten Mitglieder des Deutschen Katholischen Missionsrates, die großen Hilfswerke Missio und Misereor, aber auch die großen Missionsorden wie die Steyler Missionare und Missionarinnen, Franziskaner, Benediktiner (St.Ottilien) und Jesuiten in Bonn ein China-Zentrum e.V.. Zum ersten Vorstandsvorsitzenden wurde der Präsident von Missio München, Prälat Heinrich Haug, und zum Direktor des Zentrums in St. Augustin der Sinologe Dr.Roman Malek gewählt.

Im Juli dieses Jahres haben chinesische Wissenschaftler, die in Europa über China und dessen Beziehungen zu Europa forschen, in Hamburg eine "Gesellschaft chinesischer Wissenschaftler in Europa" gegründet. 100 Auslandschinesen aus 22 Ländern, darunter Experten aus Hongkong und Taiwan, waren zur Eröffnungsfeier gekommen. Die Einrichtung wird von dem Vorsitzenden der chinesischen Handels-

kammer in Hongkong, Harry Fok, unterstützt. Die Gesellschaft will zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen der VR China und Taiwan und der innenpolitischen Situation in China beitragen.

#### Anmerkungen

- 1) Vgl. Ruth Cremerius, Doris Fischer, Peter Schier, *Studentenprotest und Repression in China. April-Juni 1989*, Hamburg, Institut für Asienkunde, 1990, S.3.
- 2) entwicklungspolitische informationen (epi), 6/89, S.1.
- 3) Vgl. auch Oskar Weggel, "Ausländische Reaktionen auf das Massaker von Beijing", in: C.a., Juni 1989, S.423-428.
- 4) C.a., Juni 1989, Ü 23.
- 5) C.a., Juli 1989, Ü 27.
- 6) HB, 17.Dez.1990.
- 7) HB, 17.Dezember 1990; C.a., Dezember 1990, Ü 7; C.a., Juni 1991, Ü 6; epi 6/91, S.3; FAZ, 20.Juni 1991.
- 8) C.a., Oktober 1990, Ü 6.
- 9) XNA, 2.10.90.
- 10) SZ, 22./23.9.90; vgl. hierzu auch Oskar Weggel, "Der chinesische Geheimdienst - Maulwürfe bei den Studentendemonstrationen", in: C.a., Juni 1989, S.428-432.
- 11) Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, "Deutschlands Handel mit China: Dynamik nur bei den Importen", Wochenbericht 13/91, Berlin 1991, S.160-169, hier S.160; berechnet auf der Basis eines 9-Monatsvergleich gegenüber dem Vorjahr; abgesehen von der folgenden Tabelle basieren die übrigen Angaben zu den bilateralen Handelsbeziehungen im wesentlichen auf der Analyse des DIW.
- 12) Ebenda, S.161.
- 13) Vgl. Thomas Kampffmeyer, *Ansatzpunkte zur Intensivierung der deutsch-chinesischen Handelsbeziehungen*, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik; Berlin 1988, S.3 f.
- 14) Vgl. OAV, *Ostasientelegamm 8/ 91*, Juli; HB, 18.April 1991, S.8.
- 15) Vgl. taz, "Schwarze Zahlen mit den roten Chinesen", 16.Februar 91.
- 16) Vgl. HB, 18.April 1991, S.8.
- 17) FAZ, 27.Juni 1991, S.17.
- 18) Vgl. hierzu Willy Kraus, "Chinas Kooperationspolitik", in: Erhard Louven (Hrsg.), *Chinas Wirtschaft zu Beginn der 90er Jahre. Strukturen und Reformen*, Hamburg, Institut für Asienkunde, 1989, S.257 ff. und S.278 f.
- 19) Vgl. ebenda.
- 20) Vgl. C.a., Sept. 1990, Ü 18.
- 21) Vgl. epi, 7-8/91.
- 22) Die Bedeutung der Tongji-Universität in den deutsch-chinesischen Kulturbeziehungen wurde im Rahmen des letzten in C.a. erschienenen Artikel über deutsch-chinesische Beziehungen bereits ausgiebig gewürdigt. Vgl. Oskar Weggel, "Das deutsch-chinesische Beziehungswunder", in: C.a., Juli 1987, S.573 f.
- 23) Die Vielzahl der Hochschulpartnerschaften ist in C.a., Juli 1987, 4.1.1 aufgeführt.